

Bonn, 27./28. Januar 1973

Sprecher: Amrehn, Barzel, Blüm, [Brauksiepe], Dregger, Echternach, Gradl, von Hassel, [Hasselmann], Hennig, [Kaase], [Kaltefleiter], Katzer, Köppler, Kohl, Kraske, Lampersbach, Langguth, Lemke, Lorenz, [Mikat], [Müller-Hermann], Rollmann, [Schäfer], Schwarz-Schilling, Seiders, Stingl, Stoltenberg, von Weizsäcker, Wex, [Windelen].

Beginn: Samstag, 27. Januar 1973

Ende: Sonntag, 28. Januar 1973

Sonntag, 28. Januar 1973

Barzel: Meine Damen und Herren, wir eröffnen die Sitzung, die für 9.00 Uhr aufgrund eines Mehrheitsbeschlusses einberufen war und setzen zunächst die allgemeine Beratung fort mit der Debatte über die Berichte der Mitglieder des Präsidiums und über die Konsequenzen. – Der nächste Redner ist Herr Lampersbach.

Lampersbach: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, es ist sicherlich etwas schwierig, nach dem gestrigen Abend heute morgen sofort wieder hier reinzufinden. Aber vielleicht gelingt es. (*Blüm:* Wir können ja rausgehen. – *Unruhe und Heiterkeit.*) Ich würde das bedauern, wenn Sie rausgingen, Herr Blüm, denn ich glaube, daß wir beide einiges noch zu reden haben. In keiner Weise kontrovers!

Unter dem Schock der Bundestagswahl, oder dem Ergebnis dieser Bundestagswahl, ist bei mir der Eindruck verstärkt worden, darüber nachzudenken, ob die Entscheidung eine rein zufällige Wahl war, oder ob es sich nicht doch um eine langfristige, d. h. um eine epochale Entwicklung in der Wählerentscheidung handelt. Ich habe mir darüber einmal Gedanken gemacht und glaube, die auch in den vorliegenden Analysen der Sachverständigen jedenfalls z. T. bestätigt gesehen zu haben. Aber auch das, was hier gestern an Diskussionsbeiträgen geleistet wurde, scheint mir zu bestätigen, daß hier nicht eine kurzfristige, rein auf Emotionen begründete Wählerentscheidung gefallen ist, sondern daß ein sehr langfristiger Trend festzustellen ist, der die Wähler veranlaßt hat, eben in der entscheidenden Größenordnung von 3 oder 4 % ihre Stimme nicht mehr der CDU, sondern diesmal einer anderen Partei zu geben. Ich bin daher den Herren hier, von Weizsäcker, Mikat und auch Herrn Schwarz-Schilling, sehr dankbar, die gestern einmal den Anfang oder den Versuch gemacht haben, darauf hinzuweisen, daß eine geistige Erneuerung stattzufinden habe. Ich würde dabei nicht sagen, daß geistige Erneuerung hier erforderlich ist, sondern sehr viel mehr darauf abheben, daß es sich darum handelt, die nach meiner Auffassung immer noch gültigen geistigen Grundlagen und Thesen der Christlich-Demokratischen Union, ich möchte sagen der Ur-CDU, wieder hervorzuheben, herauszustellen und auch zu interpretieren.

Im Laufe der letzten Jahre und gerade im Wahlkampf habe ich festgestellt, daß unsere Darstellung über unsere Grundwerte – und hier sagen wir einmal Soziale Marktwirtschaft – draußen in der breiten Öffentlichkeit völlig falsch verstanden wird und daß wir sehr häufig den Eindruck erweckt haben, als handele es sich dabei von unserer Seite her nur um die Darstellung eines Wirtschaftssystems. Während die Soziale Marktwirtschaft nach meiner Auffassung und Überzeugung nicht nur Wirtschaftssystem, sondern viel mehr Wirtschafts- und Gesellschaftssystem in einem ist und auch mit allen Komponenten draußen praktiziert werden muß, d. h. in der Gesetzgebung als auch draußen in der Wirtschaft selbst und den gesellschaftspolitischen Gruppen, und hierbei eine Verdeutlichung sicherlich in dem Sinne erfolgen könnte, daß es der SPD, unserem Hauptgegner, nicht so leicht fällt, uns die Position dabei abzugraben.

Wenn ich hier noch an einen Punkt einmal erinnern darf, die vielfältigen Diskussionen um die Ausdehnung des Art. 14 im Grundgesetz über die Erhaltung und die Garantie des privaten Eigentums als auch die sozialen Bindungen, so ist mir immer wieder aufgefallen, daß gerade bei Jungsozialisten, aber – und das ist das Erschreckende dabei – auch in den eigenen Reihen sehr häufig gesagt wird, wir hätten Soziale Marktwirtschaft auch aus dem Gesichtswinkel des Art. 14 GG immer nur als reines Wirtschaftsgesetz verstanden, das sich um Fragen der Neuordnung im Bereich der Steuern, im Bereich des Wettbewerbsrechts und diesen Dingen bewegte, aber die soziale Bindung außer Betracht ließ. Hier müßte, Herr Vorsitzender, nach meiner Auffassung das, was Herr Dr. Schwarz-Schilling gestern gesagt hat in bezug auf seine schriftlichen Ausführungen, sicherlich verdeutlicht werden. Ich darf in ihre Erinnerung rufen, daß ich vor mehr als drei Jahren bei einem Gespräch mit Ihnen und Herrn Dr. Heck, einmal die Frage ventiliert habe, wie weit es möglich sein würde, bis in die Orts-Unionen hinein Rednerschulungen durchzuführen, weniger im Sinne der Redetechnik, als vielmehr in der Frage der geistigen Grundwerte und der Grundhaltung. Ich würde sagen, ob das, was diktatorische Staaten oder autoritäre Parteien machen, sogenannte Parteischulen oder Ordensburgen, nicht eine Frage ist, die man hier ernsthafter ventilieren müßte, (*Unruhe*) daß hier sicherlich sehr gute Ansatzpunkte wären, den sehr häufig aufkommenden Dissens von vornherein zu unterbinden. Ich meine, meine Damen und Herren, daß wir sehr häufig bei praktischen Gelegenheiten feststellen müssen, daß innerhalb unserer eigenen Reihen eine z. T., so möchte ich sagen, geistige Entfremdung festzustellen ist, die sicherlich von keiner Seite gewollt ist, die aber ganz zwangsläufig dazu führt, daß wir uns sehr, sehr viel mehr mit uns selbst beschäftigen müssen, statt auf dem Weg nach vorn zu marschieren, d. h. uns mit dem Gegner zu beschäftigen. Dadurch bleibt in der Verdeutlichung unserer Aussagen bei der Bevölkerung eben sehr viel freies Feld übrig, das wir sehr viel zweckmäßiger hätten besetzen können.

Es wird auch sicher nicht darum gehen, daß wir zu einem einheitlichen, aber nicht uniformierten, Sprachgebrauch kommen, für all die Dinge, die wir öffentlich auszusagen haben. Nun, Herr Vorsitzender, das sind Fragen, die man in einer auch zweitägigen Klausurtagung eines Vorstandes sicherlich nicht bis zur Reife diskutieren kann.

Die auch hier sicherlich nur so gedacht sind, Anregungen, Anmerkposten zu sein, damit sie dann wirklich werden können.

Ich möchte zum zweiten Punkt kommen, und das ist die praktische Arbeit, der wir ständig ausgesetzt sind. Das ist sicherlich auch eine Frage der Organisation. Ich würde aus meiner Kenntnis heraus sagen, daß die Partei als solche, was die Organisation betrifft, in allen Ansatzpunkten gut bis sehr gut organisiert ist. Was nicht ausschließt, daß sie verbesserungswürdig ist, daß sie ständig verbessert werden soll und auch muß. Aber wenn ich hier einmal den Bereich der Vereinigungen, für die ich hier mitsitze, anspreche, stellt sich natürlich immer wieder die Frage – auch für einen Vorsitzenden einer Vereinigung –, wie weit es sinnvoll und richtig ist, daß wir innerhalb einer Gesamtpartei Vereinigungen haben mit spezifischen Aufgaben. Und wie weit es die Arbeit der Partei in der Gesamtpolitik hemmt oder wie weit es ihr nützlich ist, diese Vereinigungen zu haben und zu betreiben. Bei allem Vorbehalt, den ich nach wie vor hier habe, glaube ich aber, daß das bis jetzt jedenfalls die einzig mögliche und richtige Form ist, unsere Aufgaben im Sachbereich als auch im allgemeinen politischen Bereich überhaupt durchführen zu können. Deswegen werden wir sicherlich auf diese Vereinigungen nicht verzichten können. Es wäre zu überlegen, wie weit sie auch hier einer Neuorganisation unterworfen werden sollten. Ich würde anregen, daß wir auch darüber einmal sehr ernsthaft und intensiv nachdenken. In keinem Fall darf es so sein, daß Vereinigungen zum Selbstzweck werden, was sehr häufig und sehr leicht der Fall sein kann und daß dabei die Interessen, sei es auch berechnigte Gruppeninteressen, Vorrang vor den Interessen der Gesamtpartei haben. Ich sage das hier mit allem Freimut. Gerade als Vorsitzender einer Vereinigung glaube ich, daß ich durchaus legitimiert bin, das einmal zu sagen. Denn, meine Damen und Herren, ich habe ja in der Vergangenheit sehr häufig festgestellt, wie leicht und wie schnell sich – gerade aus der Darstellung der einzelnen berechtigten Gruppeninteressen heraus – aus Parteifreunden Feinde entwickeln können über Sachaussagen, die sicherlich in der Zielsetzung gar nicht so abweichend voneinander sind, die aber dann eben in der ganzen Härte der Diskussion, wenn sie hochkommt, doch sehr leicht zu Verfremdungen führen können.

Ich halte daher auch sehr wenig davon, wenn innerhalb der einzelnen Gruppen Sprecher auftreten, die wegen des eigenen persönlichen Profils, oder auch des Profils der Vereinigung, oder auch aus der Überzeugung heraus die gesamte Parteilinie beeinflussen zu können und Dinge sagen, die einfach nicht stimmen und die Partei hinstellen unter Bezug darauf, daß z. B. seit 1965 oder 1969 überhaupt keine Sozialpolitik mehr betrieben worden sei, was ich für geradezu tödlich halte in unserer Aussage als sozialverpflichtete Partei. Sei es drum, bestimmte Gruppen der Bevölkerung so hinzustellen, als wenn sie – hier ist die Unternehmerschaft gemeint – Milliarden Gewinne nach wie vor einheimsten und dadurch Neidkomplexe erwecken, die ganz zwangsläufig zu Frustrationen führen. Ich halte es daher für absolut falsch, wenn auf Landesparteitagen die Christlich-Demokratische Union aus eigenen Reihen heraus als Arbeitgeberpartei apostrophiert wird und dann unsere Kollegen – wie Herr Dr. Dregger das gestern ja schon von sich aus zurückgewiesen hat, Dregger oder Strauß oder wer auch immer – hier als die Prototypen einer der CDU im Grunde feindlichen Politik hin-

gestellt und daher eliminiert werden müssen. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß das sicherlich nicht der Stil und der Ton ist, der in der Christlich-Demokratischen Union Platz greifen sollte und der auch gar nicht der eigentlichen politischen Arbeit der jüngsten oder auch der längeren Vergangenheit entspricht.

Hier werden wir, Herr Vorsitzender sicherlich, und das ist auch eine reine Führungsaufgabe des Vorsitzenden – ich habe mir erlaubt, Ihnen das auch einmal privat zu sagen –, dafür sorgen, daß hier die entsprechende Klarstellung kommt, daß derartigen Töne bei uns nicht einreißen dürfen. Wenn auf der einen Seite dargestellt wird, daß wir unsere sozialen Verpflichtungen in der Vergangenheit sträflich vernachlässigt haben, wird natürlich zwangsläufig auf der anderen Seite der Eindruck widerspiegelt werden, als wenn diese Partei sich bemühte, den Marsch nach links anzutreten, wobei ich hier das einmal nur als Schlagwort nehme, und die Frage auftauchen, wie das innerhalb meiner Vereinigung ist, ob die CDU bereit sei, den Platz der Mitte, den sie über mehr als 20 Jahre gehalten hat, frei zu machen. Daran wird sich die Frage anschließen, für wen soll dieser Platz frei gemacht werden? Daß die FDP, das ist gestern hier auch gesagt worden, durchaus und sofort bereit ist, diese Mitte zu besetzen – und zwar nachhaltig und mit Erfolg –, brauche ich hier nicht erklären, das dürfte klar sein. Ich darf nur darauf hinweisen, wenn wir diese Mitte verlieren sollten, werden wir selbst unter Zurückgewinnung eines Teil der Arbeiterstimmen, die bei uns im Ruhrgebiet mit 15 % Verlust angegeben werden, die dann auch nicht ausreichen würden, dieser Partei nicht zur Majorität verhelfen, um wieder an die Führung zu kommen. Es ist sicherlich erforderlich, daß wir innerhalb der Arbeitnehmerschaft – und ich sitze in einem Wahlkreis, in dem auch sehr stark Bergbau betrieben wird – den engeren und besseren Kontakt mit der Arbeitnehmerschaft in den Betrieben erreichen müssen. Wie weit das möglich ist und durchführbar ist über unsere Freunde, die in Aufsichtsräten oder in Betriebsräten sitzen, ist eine Frage, die ich nicht beantworten kann, aber ich möchte sie anschnitten.

Ich möchte hier auch – und, Herr Blüm, Sie nehmen mir das nicht übel, wenn ich das in aller Offenheit sage, weil wir uns darüber ausgesprochen haben – darauf hinweisen, daß wir einmal darüber nachdenken, wie weit es nun unsere Freunde, die in Aufsichtsräten sitzen und Kenntnis von z. B. Stilllegungen erlangen, uns diese Dinge mitteilen. Ich bin mir der unter Umständen schwerwiegenden Bedeutung durchaus im klaren, daß hier keine Werkspionage betrieben oder organisiert werden soll. Aber ich glaube, und so verstehe ich die Mandate in den Aufsichtsräten – die politische Mandate sind –, daß hier sicherlich eine enge Koordinierung, ein Meinungsaustausch, über so schwerwiegende Vorgänge, die im Ruhrgebiet immer wieder zu Unruhen geführt haben, durchgeführt werden müssen, damit wir auch politisch, nicht nur in der Sache, sondern auch politisch die entsprechenden Konsequenzen daraus ziehen müssen. Ich bedauere außerordentlich, daß wir vor der Bundestagswahl die bereits beschlossene Stilllegung von Schachtanlagen nicht erfahrung haben, die uns sicherlich im Bundestagswahlkampf manches Gespräch mit Arbeitnehmern hätte erleichtern können. Und hier, Herr Vorsitzender, sollten wir sicherlich ebenfalls genauso viel Muße und Arbeit darauf verwenden wie auf viele der anderen Dinge, weil hier nach meiner Auffassung

ein sehr entscheidender Ansatzpunkt ist für den Dialog mit dem Arbeitnehmer, der uns bis heute nicht versteht oder nicht verstehen will. Oder der von unseren Informationen bewußt massiv abgehalten wird, daß wir in diesem Dialog die Verdeutlichung unserer Dinge erreichen können.

Lassen Sie mich ein vorletztes noch sagen, was mit dem Grundvertrag zusammenhängt. Herr Kiep, ich habe kein Verständnis dafür, wenn wir heute eine Entscheidung in dieser Sache erneut auf die lange Bank schieben, denn wir haben ja mit den Ostverträgen erlebt, wie selbst gutgemeinte Debatten um eine Meinungsbildung hinterher auslaufen, daß auch der Vorsitzende, der damals eine völlig klare Meinung dazu hatte, plötzlich als Fraktionsvorsitzender in eine Situation hineingebracht wird, wo er die Entscheidung der Fraktion jedenfalls nicht mehr so in der Hand hat, wie das dann bei den Ostverträgen der Fall war, und wir zu Entscheidungen gezwungen werden unter Umständen, die in keiner Weise als politische Entscheidungen zu werten sind und uns – ich wage das nicht zu beurteilen – vielleicht auch Abbruch getan haben.

Herr Vorsitzender, hier ist gestern viel von Solidarität und Loyalität gesprochen worden. Ich möchte das auch noch einmal aufgreifen. Ich habe es am 20. November hier in diesem Saal ebenfalls gesagt. Was uns not tut, ist sicherlich ein Höchstmaß an Solidarität, an Gemeinsamkeiten, die wir vom Grunde her haben. Und daß es uns darauf ankommen muß, diese Gemeinsamkeiten auch zu praktizieren. Und das ermutigt mich nach der gestrigen Diskussion um den Führungsanspruch von Herrn Kohl, der gestern angemeldet worden ist, und um Ihre Aussage, daß Sie selbstverständlich nach wie vor auch bereitstehen, dazu, die Frage aufzuwerfen – ich weiß nicht, ob es nachher noch mal diskutiert wird –, ob und wann der nächste Parteitag stattzufinden hat. (*Unruhe*) Bitte? Ob ist klar, aber wann. Ich glaube, daß das eine sehr wichtige und sehr entscheidende Frage ist, denn draußen wird natürlich auch nach der gestrigen und heutigen Sitzung und nach der heutigen Schlagzeile in der „Bild“-Zeitung¹, die ich nur oberflächlich gesehen habe, sicherlich die Diskussion darüber ja nicht in Bahnen gelenkt werden – Herr Kohl, Sie werden sie sicherlich nicht so gesagt haben ... (*Kohl*: Ich habe überhaupt nichts ...) ja, das ist mir völlig klar –, die zu einer objektiven Beurteilung dieses absolut legitimen Vorgangs führen, sondern die ganz zwangsläufig zu Konfrontationen führen. Und wenn ich die Aussage von Herrn Dr. Kaase oder Herrn Professor Kaltefleiter von gestern noch richtig in Erinnerung habe, hat das ja auch keine Klarheit in dem Sinne gebracht, die wir eigentlich haben sollten und haben müßten. Ich war gestern eigentlich bereit, eine Zwischenfrage zu machen, ob Herr Kaase oder Herr Kaltefleiter denn etwa im Direktorium meinten, diese Frage der Führung sei völlig bedeutungslos. Hier sollten wir auch als Vorstand doch zu sehr klaren, nach außen unmißverständlichen Entscheidungen kommen, die aber auch gleichzeitig mit zur Beruhigung oder zur ruhigen Klärung und Diskussion des Themas mit beitragen.

Blüm: Zunächst noch eins, Herr Lampersbach, weil Sie die Begriffe „links“ und „rechts“ verwandt haben. Ich gebe zu, daß das Kurzfassungen sind und Chiffren. Nur

1 Vgl. „Bild am Sonntag“ vom 28. Januar 1973 „Kohl: ich will neuer CDU-Chef werden!“.

eine Gefahr scheint mir mit Linksbewegungen nicht vorhanden zu sein, jedenfalls nicht in unserer Partei, daß durch eine Linksbewegung die Mitte verlassen würde. Also die Gefahr – so weit links, daß wir außerhalb der Mitte geraten würden – scheint mir in unseren Reihen ausgeschlossen zu sein. Ja, wenn die Mitte verlassen wird, dann eher durch andere Bewegungen.

Aber doch zur Sache selbst: Ich halte nichts von Schicksalsglauben, und ich glaube, daß Fatalismus in der Politik ein schlechter Mobilisierungsfaktor ist. Deshalb sollten wir alle Sicherheiten verabschieden. Ich halte nichts von der Sicherheit, die man hier und dort schon gehört hat, es wäre aussichtslos 1976, wir müßten uns auf acht Jahre einrichten oder dies sei die letzte freie Wahl. Ich weiß gar nicht, wie man mit solchen Motiven überhaupt Parteimitglieder mobilisieren will. Ich halte allerdings auch nichts von der Sicherheit, wir hätten den Erfolg gemietet, von dem wir ja lange Zeit gelebt haben. Wir haben weder eine Erfolgsgarantie noch eine Überlebensgarantie. Es gibt in der Geschichte genügend Beispiele, wie große politische Bewegungen fast über Nacht bedeutungslos geworden sind. Das hat nichts mit Resignation zu tun. Ich meine, das sollte uns die Lage klarmachen, daß alles möglich ist, sowohl Sieg wie Verschwinden! Und daß alles von uns abhängt. Mir scheint nur eines unwahrscheinlich zu sein, daß wir so den Besitzstand wahren, das scheint mir unwahrscheinlich. Ich will nicht sagen, daß das sicher wäre, daß wir ihn nicht wahren können, aber eher gibt es eine Entwicklung nach oben oder nach unten als reine Besitzstandwahrung.

Nun werden wir ja bei all den Bewegungen nicht die nach unten anstreben. Wenn wir das verhindern wollen, dann muß etwas passieren. Und nur in dem Sinne, meine ich, kann von einem neuen Godesberg gesprochen werden, das die CDU notwendig hätte. Nicht im Sinne einer Programmdiskussion, da ist ein völliger Sättigungsgrad vorhanden. Sondern nur in dem Sinne, daß wir in der Tat ein Zeichen setzen müssen, einen Anfang anstreben müssen, uns einen Ruck geben müssen, nur im Sinne einer Bereitschaft. Ich habe ja nur das Wort, das gestern in der Diskussion war, aufgegriffen, und sage, in welchem Sinne ich ihm einen Sinn abgewinnen kann. Ich könnte für dieses Vorhaben ein anderes Firmenschild mir aussuchen. Ich habe es nur aufgegriffen, weil es gestern hier in der Debatte stand.

Nun meine ich, für diesen Beginn, für diese Bereitschaft, würde im Wege stehen eine Tradition, mit unionskonformen Lehrformeln die Konflikte zu vernebeln. Es tut mir leid, daß Herr Hahn nicht da ist, aber so ein Versuch, zu vorschnellen Verbal- und Selbsttröstungen beizutragen, Kontinuität bei Flexibilität, scheint mir beispielsweise die Formel, die gestern aus Baden-Württemberg geliefert wurde. Ich kann nur sagen, ja was denn jetzt? (*Unruhe und Heiterkeit.*) Ja, ich mache nur darauf aufmerksam, daß das Wortmusik ist, die wahrscheinlich ganz gut klingt, aber die nur heiße Luft ist. (*Diskussion.*) Ich mache darauf aufmerksam, ich möchte auch davor warnen, daß wir die Befriedigungen schon für ausreichend halten, die wir uns gestern wechselseitig bestätigt haben und daß diese Diskussionen erstens auf hohem Niveau und zweitens mit einem hohen Grad von Fairneß geführt wurden. Das ist sehr erfreulich, nur reicht das nicht aus. Die Erwartungen der Parteimitglieder wie der Öffentlichkeit werden nicht damit befriedigt, daß wir sagen, es war ein hervorragendes Klima und wir waren fairer,

als wir uns alle zugetraut haben. Vielleicht können wir einige Parteimitglieder damit zufriedenstellen, die Öffentlichkeit allerdings nicht. Wir sehen uns hier in diesem Kreise Erwartungen ausgesetzt, auch mit diesem Termin sind Erwartungen verknüpft, deshalb können wir das nicht mit ein paar Formeln abdecken, sondern es müssen Zeichen heute und hier am Schluß dieser Klausurtagung stehen.

Nun, wenn es darum geht, in der Zukunft glaubwürdig zu sein, wenn diese Zeichen glaubwürdig sein sollen, dann ist das nicht nur eine Frage der Schminke, sondern der Politik und dafür wollte ich drei Punkte zur Diskussion beitragen. Erstens, es darf in unserer Diskussion keine Tabus geben. Dafür einige Beispiele. Erste Beispielreihe aus der Gesellschaftspolitik. Wir haben sehr ausführlich die Mitbestimmung diskutiert. In dieser Mitbestimmungsdiskussion war in unserer Partei an einer Stelle eine Tabuzone, das war die Tabuzone Macht in der Wirtschaft. Wer den Terminus „Macht und Herrschaft“ im Zusammenhang mit der Mitbestimmungsdiskussion genannt hat, stand schon unter Verdacht, Systemveränderer zu sein. Ich gebe zu, daß Macht im Zusammenhang mit der Mitbestimmung nach keiner Seite hin tabuisiert werden kann. Auch nicht nach der Seite, daß wir anstelle alter Machtverfestigungen neue einführen. Aber das Machtproblem muß im Zusammenhang mit der Mitbestimmung diskutiert werden. Nur auf diese Weise lassen sich auch Unterscheidungen zwischen Mittelstand und Mitbestimmung erklären.

Zweitens: Sozialbindung des Eigentums. Das ist so formuliert noch recht kostenlos, eine recht schmerz- und kostenlose Formulierung. Die Nagelprobe und das Tabu liegt meines Erachtens nach in unserer Partei im Zusammenhang mit dem Bodenrecht. Wir suchen uns diese Prüfsteine nicht selber aus, die werden uns von der Gesellschaft geliefert. Dazu müssen wir etwas sagen. Das ist nicht eine Frage, daß wir nun wortreiche Systeme aufbauen, sondern daß wir die drängenden Fragen dieser Gesellschaft nicht sozusagen kunstreich umkurven, sondern dazu Stellung nehmen. Wie auch immer!

Drittens: Berufsausbildung. Es genügt nicht, daß wir alle bekennen, da müßte mehr getan werden. Da gibt es einen Prüfstein, der womöglich gar nicht entscheidend für die Weiterentwicklung unserer Berufsausbildung ist, den wir dennoch nicht tabuisieren können. Das ist die Stellung der Kammern. Da wird sehr viel von abhängen, ob wir glaubwürdig sind im Zusammenhang mit Berufsausbildung, ob wir uns diesem Problem stellen und es nicht umgehen, indem wir eine Reihe Vorschläge, die alle sehr gut sein mögen, im Nebenbereich haben. Zweites Tabu im Zusammenhang mit der Jugend: Ich glaube, ob wir bei der Jugend ankommen oder nicht, ist nicht eine Frage, wie hoch die Auflage unseres jugendpolitischen Propagandamaterials ist. Sondern ob wir uns Fragen stellen, die in der Jugend als drängende Fragen begriffen werden. Da ist beispielsweise das Thema „Vietnam“. Ich glaube, es genügt nicht zu sagen, daß die Vietnam-Demonstranten eine Sprache der Kommunisten gesprochen haben, daß die Jusos den Sprachgebrauch der Kommunisten übernommen haben. Ich habe zu dem Thema nichts gesagt, aber in sehr vielen Gesprächen mit jungen Gewerkschaftern und Schülern festgestellt, daß das ein Thema ist, zu dem auch die CDU hätte Stellung nehmen müssen. Wie auch immer, ich habe immer gehört: „Ihr nehmt ja nur Stellung,

wenn in Prag einmarschiert wird“, worauf ich antworten kann: „Und Ihr nehmt nur Stellung, wenn in Vietnam etwas passiert“. Aber was von uns verlangt wird, ist eine eigene Position, die sowohl Prag wie Vietnam umgreift. Nur dann ist nämlich auch der Prag-Protest glaubwürdig.

Weiterer Punkt: soziologische Gruppen. Ich beteilige mich gern und mit Engagement an der Kritik in Richtung Gewerkschaften. Diese Kritik wird nur dann glaubwürdig sein, wenn bei uns die Unternehmer nicht unter Tabu gestellt werden. Ich halte es für geradezu lebensgefährlich, wenn wir im Bundestag aufjaulen, wenn nur ein kritisches Wort in Richtung Unternehmer gesagt wird und rasenden Beifall spenden, wenn es ein kritisches Wort in Richtung Gewerkschaft gibt. Ich kann nur sagen, die Enttabuisierung geht nach allen Seiten.

Personalfragen: Ich glaube, dazu haben wir ja schon einen Beitrag geleistet, daß in dieser Partei Personalfragen enttabuisiert werden. Dazu haben wir einen Beitrag geleistet in Saarbrücken, und dazu leisten wir jetzt einen Beitrag. Ich glaube, daß dies hilfreich ist. Die Entwicklung in der SPD geht genau in die umgekehrte Richtung, nämlich zu einer Tabuisierung von Führungsfiguren, zu einer Mythologisierung ihres Parteiführers. Ich bin nicht sicher, ob das auf Dauer erfolgreich sein wird, diese Heldenverehrung und dieses Tabu Willy Brandt in dieser Partei. Ich weiß noch nicht mal, ob der charismatische Führer bei einem gestiegenen Grad der Politisierung auf Dauer ein attraktiver Parteiführer sein wird, ob er nicht sehr viel anfälliger ist gegen Kritik, die auch an ihm geäußert werden wird, als das bei Parteiführern ist, die durch das Fegefeuer der Diskussion gehen müssen.

Zum Thema „Grundvertrag“ und seiner Glaubwürdigkeit: Ich kann mich nur dem anschließen, was Herr Kiep hier vorgetragen hat. Ich glaube, es ist wichtig zu erkennen, daß unsere Argumentation jetzt im Zusammenhang mit dem Grundvertrag nicht die Aussicht hat, Mehrheiten zustandezubringen – im Unterschied zur Ostpolitik vergangener Zeiten wird der Grundvertrag angenommen, ob wir dafür oder dagegen sind –, sondern daß unsere Argumentation nur bedeutsam ist für die Zeit danach und daß wir in der Zeit danach ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit haben werden, haben müssen, weil in der Zeit danach auch außen- und ostpolitisch wichtige Entscheidungen fallen werden im Zusammenhang mit Neutralisierungstendenzen in Europa, im Zusammenhang mit Euphorien der Abrüstung. Ob wir da glaubwürdig sind mit einem jetzt ausgesprochenen Nein zum Grundvertrag, darüber werden wir ja sicherlich noch an anderer Stelle sprechen. Ich verweise auch in dem Zusammenhang auf das, was Herr Kiep gesagt hat.

Der zweite Bereich der Glaubwürdigkeit – immer zukunftsgerichtet und nicht im Sinne eines Nachkartens vergangener Zeiten – ist die Praxis. Nun gebe ich zu, das hat so seine Schwierigkeiten für eine Oppositionspartei mit der Praxis. Deshalb wird dieser Teil eine besondere Aufgabe unserer Kommunalpolitik sein und unserer Länder, in denen wir Praxis gestalten können, nämlich der Länder, in denen wir Mehrheiten haben. Da gibt es ja Beispiele aus der Opposition vergangener Zeiten. Die SPD hat dieses Instrument Kommune und Länder in den Zeiten, in denen sie in Bonn Opposition war, wie ich glaube, beispielhaft genutzt. Es kommt auf Modelle an, es kommt nicht

nur auf große Reden an, sondern es kommt auf eine Praxis an, in der wir uns profilieren. Was uns als Partei an Praxis bleibt in dem Zusammenhang ist – da mache ich noch einmal auf unser Problem aufmerksam –, ob diese Partei sich öffnet für Gastarbeiter. Ob wir uns Problemen der Randgruppen stellen. Denn es scheint mir notwendig zu werden, beispielhaft deutlich zu machen, daß es in der Sozial- und Gesellschaftspolitik nicht um die Selbstversorgung von Gruppen geht, die stark genug sind, um sich am Wahltag bemerkbar zu machen, und die deshalb abgefüttert werden müssen, sondern daß es in der Sozialpolitik in der Tat um Gerechtigkeit nicht nur für die eigene Gruppe geht, sondern auch für die Gruppen, die am Wahltag nicht in die Waagschale fallen. Ich habe das Stichwort „Gastarbeiter“ keineswegs genannt, um damit das Thema abgrast zu haben, das war nur ein Beispiel, Sie können auch andere Beispiele nehmen, Obdachlose, (*Zwischenruf*: Das sind Fremdarbeiter.) – ja gut, das will ich jetzt nicht ausdiskutieren – Strafgefangene, alle Außenseitergruppen.

Dritte Frage oder dritter Problemkreis ist der Problemkreis unseres Konzeptes. Wenn unsere sozialpolitischen Gesetze nicht so gut angekommen sind, wie sie waren, dann lag das meines Erachtens nach nicht an diesen Gesetzen, sondern das lag daran, daß uns so etwas wie der Hauptnenner gefehlt hat. Anspruchsvoll wird das oft formuliert als die Vision einer Gesellschaft, das Bild einer Gesellschaft. Ich will das ganz bescheiden als den Hauptnenner nennen, mit dessen Hilfe deutlich wird, daß all unsere konkreten Vorstellungen Teil eines Ganzen sind. In dem Zusammenhang ist gestern der Zeitgeist beschworen worden und etwas als modische Erscheinung apostrophiert worden. Ich meine, eine Partei, die auf das nicht hört, was in einer Zeit formuliert wird, die macht einen arroganten Eindruck in des Wortes mehrfacher Bedeutung. Das, was hier an Konzept formuliert wird, kann nur Antwort auf Fragen sein, die in der Gesellschaft gestellt werden. Es könnte nämlich sein, daß wir Antworten geben auf Fragen, die gar nicht gestellt werden. Und damit ist auch die Antwort entwertet.

Ich mache darauf aufmerksam, daß in dem Zusammenhang unsere Sprache nicht einfach eine Nebensächlichkeit ist. Es gibt Leute, die meinen, wenn sie ein Wort gefunden hätten, hätten sie das Problem schon gelöst. Das ist, würde ich sagen, der Glaube von Rumpelstilzchen gewesen. In der Politik relativ erfolglos. Nur umgekehrt – und auf diese Rückseite der Medaille müßte man auch mal eine Partei wie die unsere aufmerksam machen –, wenn man für ein neues Problem kein Wort hat, hat man auch das Problem nicht erkannt. Und wenn man auf ein neues Problem nur alte Antworten setzt, nur alte Worte, könnte man mißverstanden werden in dem Sinne, daß man auf neue Fragen nur alte Antworten gibt. Ich will das an einem Beispiel deutlich machen, Freiheit. Freiheit ist sicherlich ein zeitlos gültiger Wert. Dennoch müßten wir deutlich machen, welcher besondere Akzent von Freiheit heute gefordert wird. Welcher gefordert wird, das entscheiden nicht wir, sondern die Gesellschaft entscheidet mit ihren Fragen. Ich habe dafür kein Patentrezept anzugeben. Mir scheint es nur, daß die ideologische Auseinandersetzung, die ideologische Wasserscheide womöglich auf einer anderen Stelle angesiedelt ist, nicht so zwischen Materialismus und Idealismus, sondern wo ganz anders, als wir es in unseren herkömmlichen Schlachten gesehen haben. Mir scheint eine Nachfrage dieser Gesellschaft zu sein, Freiheit in der Vielfalt zu erleben.

Jeder soll nach seiner Fassung selig werden. Das ist, glaube ich, eine geheime Sehnsucht dieser Gesellschaft. Akademisch drückt sich das aus in der gesellschaftspolitischen Konzeption des Pluralismus. Ich gebe zu, daß das zu anspruchsvoll formuliert ist. Aber für jenen Trend gegen Uniformierung, für jenen Trend, daß wir den Reichtum der Individualität auch in dieser Gesellschaft zum Vorschein bringen, ein Wort zu finden, Freiheit in diesen Kategorien anschaulich zu machen, das scheint mir eine Aufgabe zu sein. Wie Sie merken, habe ich dazu auch kein Wort zur Verfügung, aber auf die Suche muß man sich begeben anhand der Fragen, die in dieser Gesellschaft gestellt werden. (*Barzel*: Reale Freiheit im Alltag war genau unsere Formulierung.)

Ich will nur noch ein paar Fragezeichen hinter ein paar Begriffe setzen, die wir als Antworten begriffen haben. Und das meine ich nicht einfach in einem polemisch abwertenden Sinne. Ich frage mich, ob die Antwort Soziale Marktwirtschaft, ob die Antwort humane Leistungsgesellschaft wirklich die Antwort ist, auf die diese Zeit wartet angesichts der wirtschaftlichen Dominanz, die in diesen Begriffen steckt. Und mir scheinen die eigentlichen gesellschaftlichen Fragen jenseits der materiellen Versorgung zu liegen. In einer Wohlstandsgesellschaft entstehen Nachfragen nach Sinn. Nachfragen, die in einer Gesellschaft, die mit ihren knappen Mitteln haushalten mußte, nicht so gestellt wurden. Das ist nicht eine Abwertung der Sozialen Marktwirtschaft und all ihrer Fragen. Nur, wenn die SPD mit dem Begriff „Qualität des Lebens“ doch offenbar Absatz findet, dann weil dieser Begriff – ob er richtig ist oder falsch, sei dahingestellt – zumindest ein Signal setzt für eine Zone hinter dem Sozialprodukt. Ob wir dafür ein Zeichen haben und ob wir das ausreichend beantworten mit Sozialer Marktwirtschaft und humaner Leistungsgesellschaft, würde ich jedenfalls für meinen Teil für fraglich halten. Nun lassen Sie mich noch ein paar Sachen nachschieben, (*Unruhe*. – *Zwischenruf*: Eine wunderbare Formulierung, also wirklich.) ja, ich habe mich nicht gemeldet, um hier Lösungen anzubieten, sondern nur meinen Fragehorizont.

Noch ein paar Sachen im nachhinein zur gestrigen Diskussion, zu dieser Alternative, argumentativ, Herr Dregger, emotional, die bei Ihnen aufgetaucht ist. Auch ich glaube, daß der emotionale Anteil sehr wichtig ist bei der Mobilisierung von Wählermassen. Nur das Klima in dieser Gesellschaft und damit die Voraussetzung für emotionale Ansprache wird von den Leuten gemacht, die argumentativ erreichbar sind. Insofern ist der argumentative Wahlkampf kein Gegensatz zum Ziel emotionales Klima. Und noch etwas muß ich dazu sagen, Herr Dregger, ohne jeden polemischen Unterton, Sie haben Herrn Nickels attackiert, der nicht im Saal war und hätten mich ansprechen können, der im Saal war, auch Herr Lampersbach. Ich habe ja mehrfach auch das Wort „Dregger“ in den Mund genommen. (*Starke Unruhe*.) Das sind Abkürzungen, mit denen ich jetzt arbeite, aber ich glaube, daß wir in unserem Kreise so viel Konsens haben, daß wir mit Abkürzungen arbeiten können. Im Unterschied zu meinem Kollegen Katzer bin ich nämlich der Meinung, daß man politische Probleme auch personalisieren muß und zwar nicht im Sinne einer billigen Polemik. Aber Ihre Rede auf dem Parteitag in Düsseldorf hat eben vielen Leuten von uns weh getan. Ich kann das gerne noch einmal entfalten, wo die Wunden da liegen. Mir scheint es geradezu im Sinne einer Therapie notwendig zu sein, daß in dieser Partei diejenigen, die durch Sie

Wunden erhalten haben, auch sich artikulieren können, daß sie zur Sprache kommen. Das ist nicht der Versuch, einen Buhmann aufzubauen, weil ich gegen alle irrationalen Formen bin. Sondern das ist nur, daß man seine Verletzungen auch zur Sprache bringt. Ja, das ist eigentlich alles, was ich vorerst dazu zu sagen habe. (*Heiterkeit.*)

Barzel: Vielen Dank! Darf ich nur eine einzige Bitte äußern, und hier schließe ich an etwas an, was Herr Dregger gestern gesagt hat. Er hat gesagt, wir sollten diese Leute nicht sozialliberale Koalition nennen, das tut die Führung, das tut unser Schrifttum auch nicht.

Und nun, lieber Herr Blüm, was sind das eigentlich für arme Menschen, die uns gewählt haben? 45 % haben eine Partei gewählt, in deren Führung man auch draußen von sich selbst sagte, sie sei nicht glaubwürdig. Das ist ein Wort, das wir vom Gegner übernehmen. Verbannen wir das aus Sprachschatz und Bewußtsein. Machen Sie etwas Positives daraus, wir müssen besser werden, weiß ich was alles. Mir haben Wähler gesagt, ich habe Briefe darüber: „Wie doof war ich eigentlich, Euch zu wählen, wo Ihr mir jetzt selbst sagt, Ihr seid nicht glaubwürdig?“ Das ist jetzt etwas salopp ausgedrückt, aber ich wollte bewußt so salopp werden, weil ich jetzt nicht den Höhenflug hier beginnen wollte. Das ist eine Bitte an uns alle, ich hätte das schon gestern bei einem anderen Diskussionsbeitrag sagen können, als dieses Wort auch sehr häufig vorkam. Das ist eine Bitte an uns, klug zu sein.

Gradl: Ich beschränke mich auf ein paar Bemerkungen in Kürze, denn wir haben ja nicht viel Zeit nach der gestrigen Planung. Das erste, was mich sehr interessiert, wie werden wir denn der Partei und der Öffentlichkeit die nun entstandene neue Situation mitteilen, bekanntgeben und erläutern? Neu dadurch, daß wir gewissermaßen Saarbrücken, den Kampf von Saarbrücken um die Führungsposition in der Partei, wiederholen. Ich will hier zu der Sache nichts sagen. Warum nicht? Weil es ein Faktum ist, daß hier Kandidat gegen Kandidat steht. Dies muß man demokratisch und parteisolidarisch fair austragen. Dazu ist weiter nichts zu sagen. Was mich interessiert, ist etwas anderes. Der Parteitag kann, so wie ich die Dinge einschätze – und das ist jawohl nicht ganz falsch – nicht vor Oktober sein. Die Sommerpause scheidet aus, so schnell kann man es nicht machen, ganz abgesehen davon, daß wir in der Öffentlichkeit eine etwas schwierige Situation haben werden. Die ist beschäftigt mit den Auseinandersetzungen zum Grundvertrag, und mit der Ratifikation des Grundvertrages wird es noch einmal eine Welle von wirklichen oder scheinbaren Verbesserungen von der anderen Seite geben. Das hier ist alles kein politisches Thema, in das hinein eine solche Sache paßt. Das heißt mit anderen Worten, daß wir ein Dreivierteljahr vor uns haben, in dem über die Personenfrage diskutiert werden soll. Und da habe ich nun zwei Bitten: Erstens, daß schon in der Verlautbarung, die es ja offenbar schon gibt – die ich aber nicht kenne, und vielleicht sage ich also etwas, was schon beachtet ist –, ein Beitrag zur Versächlichung dieser Diskussion beinhaltet ist. Und zwar deshalb, weil in unserer Partei oft die Frage, ob man die beiden Ämter vereinen soll oder nicht, eine Rolle gespielt hat. Ich erinnere mich – ich gehöre diesem Gremium seit 1953 an, jetzt nicht mehr, aber doch immerhin sehr lange Zeit –, daß wir oft diese Auseinandersetzung hatten, ob man den Parteivorsitz und den Fraktionsvorsitz in eine Hand legen soll, oder ob man sie

trennen soll. In der letzten Phase Adenauer z. B. spielte das eine Rolle. Bei verschiedenen Gelegenheiten, die brauche ich ja hier nicht zu wiederholen.

Es ist also möglich, dieses Thema sehr sachlich zu akzentuieren. Da gibt es Gründe, die für die Trennung der beiden Positionen sprechen, angesichts der Fülle von Aufgaben, die auf uns zukommen, deren Bewältigung von uns verlangt wird, wenn wir bestehen wollen in den nächsten zehn Jahren und darüber hinaus. Da gibt es natürlich die Kehrseite, das Gegeneinanderstehen im Wettbewerb von zwei so bekannten und schon einmal im Ring nebeneinander gestandenen Persönlichkeiten, die immer wieder fasziniert und dazu führt, daß die Auseinandersetzung in Wahrheit mehr auf Gruppenbildung und alles Mögliche geführt wird, um schon möglichst frühzeitig die Position für den Endkampf günstig für die Beteiligten zu gestalten. Dies ist eine schwierige Situation für Sie, wenn auch klargemacht wird, daß es sich hier in der Tat, obwohl es sich konzentriert auf zwei Personen, um ein sehr seriöses Sachproblem handelt, das wir miteinander zu bewältigen haben. Wir sehen es heute in der „Welt am Sonntag“². Der Mann, der das geschrieben hat, ist sowieso nicht pingelig in seinen Kennzeichnungen. Aber wenn der anfängt mit dem Satz in seinem Bericht, „In der Christenunion“ – rege ich mich schon auf. Ich weiß, Herr Schneider³, „Spiegel“, ja, „In der Christenunion blicken sich schon wieder die Diadochen an.“ Wir haben da eine wichtige Sache vor uns für die Gestaltung dieser Auseinandersetzung. (*Unruhe.*)

Die zweite Bemerkung, die ich machen wollte, bezieht sich auf Sachfragen. Ich glaube, daß wir herausgefordert sind, nicht über Grundsätze, aber über viele Positionen nachdenken zu müssen, die wir viele Jahre hindurch für beantwortet, oder viele Fragen, die wir über viele Jahre hindurch für beantwortet hielten – und für die Antworten hatten wir Formeln. Hier ist vorhin gesagt worden, das genügt nicht nach draußen, daß hier festgestellt wird, hier sei fair diskutiert worden miteinander. Natürlich genügt das nicht nach draußen. Aber nach drinnen will ich sagen, da ich ja so lange diesem erlauchten Gremium angehört habe, ich habe nicht mehr als zwei- oder dreimal erlebt, daß ich hinterher – vielleicht stelle ich zu hohe Ansprüche – sagen konnte, hier war eine Diskussion, die hat sich in der Sache gelohnt, denn sie suchte den Grund und versuchte vor allen Dingen, den jeweils anderen wirklich zu verstehen. Das war nicht so oft. Was wir hier gestern begonnen haben, das darf nur ein Anfang sein. Wir haben ja nur angekratzt. Wir müssen so viel neu durchdenken. Nehmen wir mal das Beispiel, Herr Blüm, Mitbestimmung. Da bin ich in der Tat der Überzeugung, daß alle hier Anlaß haben zu sehen, ob sie nicht ihren Standpunkt nicht nur überprüfen, sondern miteinander auch verändert gestalten müssen. Ich stehe nicht in dem Ruf, ein Revolutionär zu sein, deswegen darf ich das vielleicht sagen. (*Unruhe. – Barzel: Cum grano salis! – Heiterkeit.*) Ja gut, ich bin ja nicht das Thema hier erfreulicherweise. (*Unruhe und Heiterkeit. – Zwischenruf: Ein Mann mit Profil!*)

2 Vgl. „Welt am Sonntag“ vom 28. Januar 1973 „Kohl gab es Barzel schriftlich: Kandidatur um Parteivorsitz“.

3 Hans-Roderich Schneider (geb. 1926), Journalist; Leiter des Bonner Büro des „Spiegel“, 1969/70 Sprecher der FDP, ab Mai 1970 Leiter des Bonner Büros der „Welt am Sonntag“.

Ich glaube, daß hinter dem Problem Mitbestimmung sich eine ganz tiefe Auseinandersetzung in unserer Gesellschaft verbirgt, die vergleichbar ist mit großen gesellschaftlichen Themen der Vergangenheit. Daß es wirklich darum geht, den Menschen die Überzeugung zu vermitteln, daß sie nun nicht in dem billigen Worte jakobinischer Gleichmacherei, sondern im echten Sinne, sich als Gleiche in dieser neuen zukünftigen Gesellschaft in unserem Lande zumindest verstehen können. Dies hat mir niemand eindringlicher gesagt, oder jedenfalls verständlicher gemacht, als der alte Spennrath⁴, der für einige von Ihnen vielleicht noch ein Begriff sein mag. Der AEG-Chef und langjährige Chef des Gemeinschaftsausschusses der gewerblichen Wirtschaft – völlig unverdächtig, ein Revolutionär zu sein, genauso wie ich – hat mir in einer bestimmten Situation gesagt in Berlin, das war sehr früh, 1957 oder 1958, es gab harte Tarif-Verhandlungen, die Unternehmer und die Gewerkschaften haben sich in einer kleinen Gruppe – das hatten die damals, so eine Führungsgruppe – im „Excelsior“ in Köln getroffen, und am nächsten Tag erzählte er mir – das hatte ihn so angestrengt, er lag also etwas kränklich zu Hause, und ich war bei ihm, wir waren etwas befreundet über all die Unterschiede hinweg –, was ihn so erregt hatte: „Ich habe gestern versucht, den Gewerkschaften klarzumachen, daß ihre Forderungen zu weit gehen, daß dies wirtschaftlich nicht zu verkraften ist. Und dann haben mir die Gewerkschaften gesagt, hören Sie mal, vielleicht ist das so, aber gehen Sie mal raus an die Werkbank und bringen Sie den Leuten das bei. Wissen Sie, was die Ihnen entgegenhalten?“ Damals war eine Großindustriellenfrau, die die illustrierten Blätter verrückt machte mit ihren Eskapaden, Brillanten und Inselkäufen usw.⁵ Wissen Sie, die Selbstdarstellung des Reichtums in unserem Lande multipliziert durch diese kapitalistischen Massen, das sind nämlich die wirklichen Profitkapitalisten, diese Illustriertenverleger, vom „Stern“ angefangen. Die, die sind das, die haben eine bestimmte Atmosphäre geschaffen, (*Unruhe*.) darüber können wir uns ja auch mal hier unterhalten über unser Verhältnis zu diesen Medien. Die Selbstdarstellung des Reichtums, das stark auch von uns entwickelte Verlangen der Menschen zu sehen, wo denn ihr Platz in der Gesellschaft ist, ob er ihrer würdig ist, dies ist eine Realität. Und diese Realität stellt Ansprüche an uns alle. Und nun muß ich wieder einen Alten zitieren, Konrad Adenauer, verehrte Freunde. 1955 gab es eine schwierige Situation, wir hatten diesen Erfolg von 1953 gehabt und 1955 war in Nordrhein-Westfalen – glaube ich – irgendeine Wahl⁶, die war gar nicht so einfach. (*Unruhe und Diskussion*.) Damals sagte er denen, die seinem bereits angedeuteten Gedanken von der Rentenreform kritisch gegenüberstanden – ich übrigens auch – in seiner von mir nicht nachahmbaren Sprache: „Ja, wir müssen doch wohl daran denken, in Nordrhein-Westfalen fällt immer die Entscheidung über die Bundesrepublik. Und in Nordrhein-Westfalen ist die ganz große Mehrheit der Bevölkerung Ar-

4 Friedrich Spennrath (1888–1959), Regierungsbaurat; 1949–1955 Vorsitzender des Vorstands der AEG (ab 1956 Mitglied im Aufsichtsrat), 1950–1957 Präsident der IHK Berlin.

5 Möglicherweise Anspielung auf die Eskapaden der Ehefrau des Finanzmaklers Rudolf Münnemann (vgl. Bernt ENGELMANN: *Meine Freunde – die Millionäre*. München 1966).

6 Gemeint ist wohl die Kommunalwahl von 1956. Ergebnis SPD 44,2 % (1952 36,1 %), CDU 38,2 % (35,6 %), FDP 9,6 % (12,6 %).

beitnehmerschaft. Und wenn wir“ – und dann hob er seinen Zeigefinger – „meine Freunde, wenn Sie es nicht fertigbekommen, diese Arbeitnehmerschaft für sich zu gewinnen, dann werden Sie die Position in diesem Lande nicht behaupten!“

Sehen Sie, dies alles, Taktisches und tief Sachliches spielt hinein in das Thema Mitbestimmung. Ich habe hier keine Sachlösungen anzubieten, aber es ernst muß man es nehmen, und da muß man eben bereit sein, auf allen Seiten seine bisher eingenommenen Positionen zu überprüfen. Herr Kollege Schäfer, ich bin sehr beeindruckt von dem gewesen, was Sie gestern gesagt haben über die Wahl der Bezeichnungen. Dies ist nicht eine Sache nur journalistischer Erfindungsgabe, da hat auch Herr Blüm recht. Wir haben leider nicht die Fähigkeit und das Glück gehabt, das, was wir ausdrücken wollen, in einer Weise zu formulieren, die werbend und wie ein Ohrwurm eindringend in das positive Unterbewußtsein der Masse gelangt. So was haben wir nicht gefunden. Ich nenne Ihnen ein Beispiel, den Begriff der Marktwirtschaft. Jeder von uns weiß, was das ist. Aber fragen Sie doch mal, was Marktwirtschaft ist, was sollen sich denn die Leute nun – wir wollen sie doch nicht überfordern – unter Marktwirtschaft vorstellen? Dies ist ein Blendwort, aber es besagt nichts. Ich habe keine Idee. Ich bin versucht, Leistungswirtschaft oder so etwas zu sagen. Dies wäre jedenfalls für jedermann klarer, worum es geht, und würde auch den eigenen Standpunkt besser zum Ausdruck bringen. Aber dies muß man suchen. Und dann müssen wir wissen, daß wir auf der Schattenseite dieses Lebens stehen in dieser Phase. Die anderen haben einige Ausdrücke, die sehr eingängig sind, nicht nur Friedenspolitik, sondern auch, ich habe das früher schon mal gesagt in der Fraktion, der Begriff Sozialismus erweckt in den Menschen sofort eine positive Assoziation. Bei der Mehrheit der Menschen! Weil in ihm so was liegt wie Hilfe für die Armen. Mitleiden und Unterstützung, Solidarität, alles das schwingt doch von vornherein mit. Wir können diesen Ausdruck nicht mehr übernehmen, weil er von der anderen Seite zu sehr okkupiert ist. Aber das heißt dann, wir müssen so darüber sprechen, daß das, was daran positiv ist, uns geglaubt wird, daß wir das auch zu eigen haben. Und dafür brauchen wir einen Ausdruck.

Und das wichtigste, Herr Vorsitzender, was ich für notwendig halte, rein taktisch, ist, solche Diskussionen, wie wir sie geführt haben, zusammenzufassen und dann zwei, drei Leuten zu geben – über die man sich verständigen muß – mit dem Auftrag, darüber nachzudenken, und zwar im stillen Kämmerlein. In vier Wochen oder sechs Wochen, solange wie Sie brauchen, aber bitte möglichst bald. Wie man das, was uns bewegt, denn in Formeln, in Aussagen bringt, die wirklich wirksam sind, die zugleich verständlich machen. Dies ist eine furchtbar schwierige Sache, aber eine unerhört notwendige, wenn wir die Auseinandersetzung bestehen wollen.

Letzte Bemerkung: Vieles könnte einen reizen, aber wenn das ein Anfang ist, dann wird man ja noch Gelegenheit haben, daß wir über Einzelthemen so gründlich sprechen, wie wir dieses Mal eine tour d'horizon gemacht haben. Als letztes möchte ich nur sagen, mich hat auch, genauso wie den Vorsitzenden, das Wort „Glaubwürdigkeit“ schrecklich betroffen gemacht. Worum geht es eigentlich? Uns ist es nicht gelungen, das wäre zu billig. Wir haben es unterlassen, die Politik, die wir gemacht haben – ich simplifiziere jetzt Ostverträge –, verständlich zu machen. Vor allem die Schwenkung –

wie Sie wollen, manche sagen Bruch, manche halt Schwenkung – verständlich zu machen draußen. Ich will dieses ganze Kapitel nicht wiederholen. Nur, Herr Lampersbach, es war nicht so, daß der Vorsitzende die Entwicklung nicht in der Hand hatte. Hier sage ich für mich persönlich mit aller Entschiedenheit und Verbindlichkeit: Die Politik, die der Vorsitzende in dieser kardinalen Auseinandersetzung um die Ostverträge versucht hat, war zwangsläufig durch die Entwicklung vorauszusehen in ihrem kritischen Weitergang mindestens seit dem Augenblick, seit dem die Berliner Regelung unterschrieben war. Von diesem Augenblick an mußten wir sehen, daß sich in der Bewertung der Verträge wesentliches verändern würde. Wir selber wußten auch, wir hatten dazu beigetragen zu dieser Berlin-Regelung. (*Barzel*: Ja, und ohne diese Politik nicht diese Berlin-Regelung mit diesem Inhalt.) Von diesem Augenblick an begann sich die Situation zu verändern. Hier sind ja auch einige andere, die dies alles miterlebt haben. Ich habe das bis in die letzten Fasern hinein miterlebt, und ich muß sagen, ich habe vor dem Vorsitzenden für die Art, wie er diese Politik betrieben hat – ob seine taktischen Züge immer glücklich waren, ist eine andere Sache und spielt keine Rolle –, höchsten Respekt. Das war eine der schwierigsten Entscheidungen für eine Opposition, die in Wahrheit Regierungsverantwortung zu tragen hatte, obwohl sie in der Regierung nicht war und nicht die Möglichkeit gehabt hat, diese Verträge wirklich zu gestalten, mit Ausnahme von Berlin. Dies war die ganz irrsinnige Situation, in der wir waren. Wo gibt es so etwas sonst? Dies haben wir alle miteinander zu bestehen versucht. Wir haben hier in zwei Vorstandssitzungen in der entscheidenden Phase im April zusammengessen, und wir wissen doch genau, warum wir das klare Wort, sich zu entscheiden, ja oder nein freizugeben, vermieden haben – mit zwei Ausnahmen, Franz Amrehn und Windelen. Wir wußten doch genau, wohin dies zwangsläufig führen muß, und wir wissen auch, warum wir dann nicht so klar nach draußen gesprochen haben. Die Einigkeit der Fraktion nämlich, um es sehr neutral auszudrücken, war der Grund. So war die Situation. Wir haben dann einen Fehler gemacht, einen entscheidenden Fehler, Herr von Weizsäcker. Wir haben nicht die Kraft gehabt. Ich sehe jetzt mal ab von dem Jein, das will ich hier nicht ausbreiten, da hatten die einen die Auffassung, die anderen jene. Warum wir uns auf die Zwischenlösung, auf die Enthaltung geeinigt haben, wissen wir alle. Es hat keinen Sinn, darüber nachzukarten, ob das richtig war oder nicht, und seine persönliche Meinung darüber jetzt zu sagen.

Nein, dies war das Problem nicht. Sondern leider haben wir nicht gewagt, als Partei aus einer Sache, die nun mal geschehen war und geschehen mußte, den Schluß zu ziehen, dies nun mit Energie draußen als eine positive Leistung dieser Partei zu vertreten. Wir haben es nicht gewagt, weil wir die Sorge hatten, daß darüber wieder innerhalb der Partei im Wahlkampf, im Vorwahlkampf, Spannungen entstehen, die wir nicht auflösen wollten. Das brauche ich ja wohl nicht zu präzisieren, was dies alles bedeutete. So ist es gekommen, daß wir so oft in den Wahlversammlungen und in den Medien dann dargestellt wurden als Leute, die als Jein-Politiker nicht entscheidungsfähig waren. Ich sage Ihnen, die Geschichte wird gar nicht lange brauchen, um nachzuweisen, welch großartige Kraft die CDU aufgebracht hat, um in dieser Frage, obwohl all ihr eigenes parteiliches Interesse dagegen sprach, sich zu dem Entschluß durchzuringen, zu dem

sie sich mit Mehrheit – ich respektiere die Minderheit, genauso wie ich auch respektiert sein will – durchgerungen hat. Daraus gibt es einen Schluß, mit dem schließe ich, für die Zukunft. Es gab einen alten Zentrums-Führer. Wahrscheinlich wird jetzt der eine oder andere sagen, „Der Gradl wird aber verdammt alt, der redet nur immer von den Alten“, aber der paßt nun mal hier, der alte Trimborn⁷. Der alte Trimborn hat in einer schwierigen Situation gesagt: „Was man nicht verändern kann, muß man mit Hurra machen!“ (*Wex*: Muß man mit ...?) Mit Hurra! Dies gilt nicht, wenn es um Grundsätze geht, da muß man stehen, das ist klar. Nicht? Zentrumsmann Kohl? (*Heiterkeit*.) Aber dies muß man für die Zukunft mit bedenken. Wir müssen lernen aus dem, was wir da erfahren haben, es können wieder solche Situationen eintreten. Mehr habe ich gar nicht vor, als ein paar, wie ich hoffe, freundlich aufgenommene Anregungen zum Nachdenken hier beizutragen.

Echternach: Meine Damen und Herren, es ist schon vieles zur Grundsatzdiskussion gesagt worden, deswegen dazu nur noch einen Gedanken. Ich glaube, daß die gestrigen Analyse deutlich ergeben hat, daß zwar der Zeitgeist ein wichtiger Faktor ist, daß aber der Zeitgeist mit allem, was darum herum rankt, die Wahl nicht entschieden hat. Anders wären die divergierenden Wahlergebnisse zwischen Landtagswahlen und Bundestagswahl nicht zu erklären. Anders ist es nicht zu erklären, daß die eigentlichen Träger des Zeitgeistes, nämlich die urbanisierten Mittelschichten, in diesem Falle uns die Stange gehalten haben und die Wahleinbrüche ganz woanders erzielt worden sind. Ich glaube, das, was viele Wählerschichten dazu geführt hat, uns nicht zu wählen, das ist dieses verhängnisvolle Bild der Partei des Geldes, der Partei der Unternehmer, der Partei, die im Grunde die Interessen vieler nicht mehr vertritt. Ein – wie wir wissen – völlig falsches Bild, aber ein Bild, was man uns angehängt hat und was leider durch die Wahlkampfstrategie, bezogen auf Stabilität, Preise, Inflation, eben nicht korrigiert wurde. Und wenn sich eben der Bundeskanzler hinstellt, von Barmherzigkeit, Konfession usw. spricht, dann vermittelt er das Bild einer Partei, die wir früher einmal dargestellt haben. Ich meine, daß man hier vor allem ansetzen muß, daß man durch die Politik glaubhaft machen muß, daß man eben auch die Interessen aller Gruppen, auch gerade der sozial schwächeren vertritt. Wir in Hamburg pflegen seit einiger Zeit immer davon zu sprechen, daß die Opposition die Aufgabe hat, Anwalt der Benachteiligten zu sein. Ich meine, daß hier in diesem Sinne auch Akzentsetzungen in der Oppositionsstrategie erfolgen sollen. Ansonsten darf ich mich auf viele andere wesentliche Beiträge hier beziehen, die gestern schon gekommen sind.

Nur noch zu drei aktuellen Fragen etwas, einmal zu der Bundespräsidenten-Frage. Ich bin ganz anderer Meinung, als sie hier bisher vertreten wurde. Sicher, wenn es uns gelänge, über diese Frage zu einer Koalition mit der FDP zu kommen oder dieser Koalition näher zu kommen, wäre das den Preis einer Kandidatur wert. Bloß halte ich das für eine völlige Illusion. Herr Wehner hat doch schon bei der Frage der Wiederwahl

7 Carl Trimborn (1854–1921), Rechtsanwalt; 1983–1918 Vorsitzender der Rheinischen Zentrumsparlei, 1896–1921 MdR, 1896–1918 MdA Preußen, 1920/21 Mitglied der Nationalversammlung, 1920/21 Vorsitzender des Zentrums. Vgl. LEXIKON S. 387.

von Herrn Lübke⁸ vorexerziert, wie die Sozialdemokraten bereit sind, diese Frage zu behandeln, wenn es jeweils ihren strategischen Interessen so oder so entspricht. Und Herr Wehner und die SPD werden niemals daran interessiert sein, es etwa zu einer Kontroverse zwischen FDP und SPD in diesem Punkte kommenzulassen, die uns plötzlich zum Zünglein an der Waage werden läßt. Ich meine, daß dies eine kaum realistische Hoffnung ist. Und wenn sich FDP und SPD auf einen Kandidaten verständigen, dann ist es völlig ausgeschlossen, daß wir diesem Kandidaten, auch wenn es ein FDP-Mann ist, unsere Stimmen geben. Das würde nicht nur überall als ein Zuviel an Taktik empfunden werden, sondern würde auch von der Partei gar nicht getragen werden können, denn hier handelt es sich nicht nur um eine Aktion, die sich innerhalb der Parlamentssphäre abspielt und die man deswegen mit einem solchen Kunstgriff über die Bühne bringen kann, sondern eine solche Frage bewegt Wochen und Monate lang die ganze Partei und die deutsche Öffentlichkeit. Wenn wir als die größte Gruppe innerhalb der Bundesversammlung keinen eigenen Kandidaten aufstellen, sondern den FDP-Kandidaten akzeptieren, dann übersehen wir, daß wir ja nicht nur vielleicht Koalitionshoffnungen mit der FDP haben, sondern daß wir uns in einem harten Konkurrenzkampf mit der FDP um bestimmte Wählerschichten befinden. Und wenn wir der FDP hier eine Führungsrolle gleichsam öffentlich attestieren, indem wir ihren Kandidaten akzeptieren und den Eindruck erwecken, als hätten wir keinen gleichwertigen oder besseren Kandidaten, und es hätte die FDP den besten aller möglichen Kandidaten – denn mit taktischen Argumenten werden wir ja kaum in die Öffentlichkeit gehen dürfen –, dann meine ich, ist das bereits ein halbes Abdanken. Deswegen sollten wir in der Bundespräsidenten-Frage nur dann – aber ich sehe gar keine Chance dafür –, wenn hier wirklich sich Koalitionsfäden spinnen lassen, zurückstehen. Ansonsten sind wir einfach verpflichtet, auch im Interesse der Glaubwürdigkeit nach außen und gegenüber der Partei, mit einem eigenen Kandidaten aufzutreten. Das ist auch eine Chance. Auch die Sozialdemokraten haben immer dann, wenn sie gar keine Chance hatten, sich in der Bundesversammlung durchzusetzen, einen populären Kandidaten präsentiert. Ich meine, dies ist eine Zwangssituation, in der wir uns auch befinden, wo der Raum für große Koalitionshoffnungen weniger gegeben ist. Wenn wir schon wollen, daß wir der Koalition mit der FDP näher kommen, dann sollten wir vielleicht eher überlegen, ob das in der praktischen Politik möglich ist, dort gewisse Parallelen zu finden, vielleicht in der Mitbestimmungsfrage, vielleicht ist das Riemer-Modell⁹ gar nicht so abwegig.

-
- 8 Heinrich Lübke (1894–1972), Ingenieur; 1969–1969 Bundespräsident. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 14 Anm. 34. – Lübke wurde am 1. Juli 1964 von der Bundesversammlung in Berlin mit 710 von 1042 Stimmen erneut zum Bundespräsidenten gewählt, vgl. AdG 1964 S. 11298 f.
- 9 Dr. Horst-Ludwig Riemer (geb. 1933), Jurist; 1952 FDP, 1963–1967 Vorsitzender der Jungdemokraten Nordrhein-Westfalen, 1966–1980 und 1985–1995 MdL Nordrhein-Westfalen, 1970–1979 Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr, 1972–1979 Landesvorsitzender der FDP, 1980–1983 MdB. – Riemer hatte sich schon 1971 für ein Mitbestimmungsmodell ausgesprochen, das dem Vorschlag des CDU-Vorstands (6:4:2) entsprach, allerdings ein rein betriebliches Modell sein sollte („Die Zeit“ vom 19. Februar 1971).

Eine zweite Frage: Jugendarbeit. Ich habe mit Erstaunen das gelesen, was hier der Generalsekretär gestern gesagt und uns zu Papier gegeben hat. Ich weiß nicht, was die Intention ist, ob es sich hier um eine Disziplinierungsaktion à la Herbert Wehner handelt oder um einen Akt der Selbstkritik gegenüber Enthaltbarkeit im Wahlkampf. Ich hätte es für besser gehalten, Herr Dr. Kraske, Sie hätten es damals nicht abgelehnt, spezielle Jungwähler-Aktionen zu machen. Ich hatte das damals ja im Wahlkampfausschuß zur Diskussion gestellt. Sie haben es für wahlkampfschädlich gehalten, spezielle Gruppenansprachen zu treffen. Ich meine, daß die Jungsozialisten mit der vollen Rückendeckung natürlich – Finanzierung durch die Partei – für die Jungwähler einen durchaus wirksamen Wahlkampf betrieben haben. Aber darüber kann man natürlich immer unterschiedlicher Meinung sein. Auf keinen Fall aber kann man nun plötzlich, wie Sie es gestern gemacht haben, die Dieter-Thomas-Heck-Show¹⁰ als eine Jungwähler-Aktion von irgendeinem Gewicht angeben. Ich glaube, es gibt keinen kritischen jungen Menschen, der sich durch diese Show in irgendeiner Weise für eine Stimmabgabe zur CDU bewegen läßt. Ich weiß, daß das vielleicht von manchem Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle anders gesehen sein mag, aber ich meine, daß man damit jedenfalls Jungwähler nicht überzeugen kann. Ich habe meine Bedenken damals auch schon hier im Wahlkampfausschuß artikuliert.

Meine Damen und Herren, ich meine jedenfalls, daß ich es für problematisch halte, nunmehr die Jugendarbeit in die Hände der Bundesgeschäftsstelle zu geben, jedenfalls machen mich die Erfahrungen der Wahlkampagne etwas skeptisch, ob nun bei Herrn Hennig und Herrn Kraske die Jugendarbeit besser aufgehoben ist als bei der Jungen Union. Ich meine, es wäre besser, die Partei würde der Jungen Union die Möglichkeiten geben, um die sie mehrmals, auch schriftlich, ersucht hat, nämlich ihr wissenschaftliche Mitarbeiter zur Verfügung zu geben, um in der Grundsatzdiskussion, in der wir uns in der jungen Generation befinden, fundiert arbeiten zu können und nun nicht etwa die Allheilmittel darin zu sehen, daß man an die Stelle der Jungen Union einen Jugendausschuß der Partei setzt. Jedenfalls möchte ich aber darum bitten, daß, bevor diese Ihre Rede-Passage an die Presse gegeben wird, darüber vorher der Bundesvorstand berät aufgrund einer konkreten Vorlage, mit der dann eine Meinungsbildung des Bundesvorstandes möglich ist.

Dritte Frage: Parteitag. Gestern ist mit Recht immer wieder von der Notwendigkeit der Basisarbeit gesprochen worden. Bloß, wenn wir Basisarbeit betreiben wollen, gerade in der jungen Generation, dann muß man eben auch die Frage stellen, womit Basisarbeit? Und da reicht es beileibe nicht aus, mit unserem Berliner Programm zu operieren. Es reicht auch nicht aus – auch wenn die Rede sehr gut war – mit der Rede von Herrn von Weizsäcker auf dem Wiesbadener Parteitag¹¹ zu operieren, sondern dazu braucht man eine formulierte Aussage der Partei gerade in dem grundsätzlichen Bereich, über den wir gestern Vieles gesagt haben. Deswegen wollte ich darum bitten,

10 Vgl. „Spiegel“ Nr. 51 vom 2. Oktober 1972 S. 44 „Schönen Dank“; „Die Zeit“ vom 13. Oktober 1972 „Tingeln für Rainer Barzel“. Vgl. auch Materialien in ACDP 07-001-5228.

11 Vgl. Nr. 32 Anm. 30.

daß wir die Grundsatzkommission ersuchen oder auffordern, bis zum Sommer etwas Schriftliches vorzulegen, sei es in Thesenform, sei es in der Form einer grundsätzlichen Plattform oder welchen Rahmen immer wir dem geben, damit die Partei dann noch zwei Monate Zeit hat, das zu diskutieren. Denn ich meine, daß wir das nicht nur brauchen für die Auseinandersetzung mit den meinungsbildenden Schichten und auch mit der jungen Generation, sondern ich glaube, daß das auch gut wäre, um die Diskussion auf dem Parteitag nicht nur auf das Personalproblem zu konzentrieren, sondern die ganze Diskussion in der Partei in den nächsten Monaten in eine andere Dimension zu rücken.

Kraske: Herr Echternach, darf ich zu den Punkten, bei denen Sie mich persönlich angesprochen haben, gleich eine Antwort geben? Erster Punkt: Ich glaube, eine zurückhaltendere und vorsichtigere Formulierung als die, es müsse mit der Jungen Union geprüft werden, ob es ausreiche, wenn die Partei die Jugendarbeit voll in die Junge Union delegiere, kann man für eine solche Sitzung nicht finden. Sie wissen, daß dieses Thema seit vielen Jahren in der Partei diskutiert wird, ob es richtig sei, zu sagen, den Bereich Jugend macht die Junge Union, das ist für die Partei damit erledigt. Die Mehrzahl der Stimmen, die ich gehört habe, und zwar Stimmen, die das gar nicht aus der Kritik an der Arbeit der Jungen Union heraus sagen, lautete immer dahingehend, Jugendarbeit ist nicht nur Junge Union, sondern Jugendarbeit ist Jugendpolitik und eine ganze Menge von anderen Dingen, und da kann die Partei nicht völlig enthaltsam sein. Wenn das so ist und wenn wir gemeinsam zu dem Ergebnis dieser Prüfung kommen, dann wird es sich sicher zwangsläufig, nach den Organisationsformen der CDU empfehlen, neben einer Vielzahl von Fachausschüssen, die wir haben, auch einen jugendpolitischen Ausschuß einzurichten. Und wenn dieses wiederum so ist, wird es in der Bundesgeschäftsstelle, wie immer Sie mich oder Herrn Hennig mögen, jemanden geben, der sich um die Arbeit dieses Ausschusses zu kümmern hat.

Im übrigen, Herr Echternach, wenn Sie nun also die Jugendarbeit im Wahlkampf anführen, dann will ich Ihnen sagen, die Junge Union hat insbesondere im Wahlkampf hervorragende Arbeit geleistet. Dieses ist meine Überzeugung. Das Engagement der Jungen Union in der ganzen Breite des Wahlkampfes war großartig, und dabei bleibe ich. Für mich, wenn Sie das exakt wissen wollen, ist in diesem Satz allerdings nicht die gleiche Zustimmung impliziert für die Unterstützung, die wir durch Initiativen und Aktivitäten der Bundesspitze der Jungen Union gerade für diese Jungwähler-Aktionen bekommen haben. Der Jungen Union war nämlich ein Etatanteil zugeteilt und angeboten. Auf dieser Basis sollte sie Vorschläge machen. Diese Vorschläge, die dann gekommen sind für eine Jungwähler-Publikation, die fand ich allerdings – und nicht nur ich – ziemlich unzulänglich. Und was die Dieter-Thomas-Heck-Show angeht, will ich wiederholen, was ich gestern gesagt habe, daß ich dem Unternehmen mit genau der gleichen Reserve gegenüber gestanden habe wie Sie, und Ihrer Formulierung, das spricht nicht kritische junge Leute allein an, durchaus zustimme. Aber, die Erfahrung aus einer Mehrzahl von Landtagswahlkämpfen – und nachdem ich gestern Baden-Württemberg zitiert habe, hat Herr Hasselmann, der jetzt, glaube ich, nicht mehr hier ist, von sich aus sich gemeldet und gesagt, „Nicht nur Baden-Württemberg, wir auch“ –

war so, daß sie uns dringend gebeten und empfohlen hatten, das zu machen. Ich kann nur sagen, in der Parteiorganisation hätten wir die doppelte Zahl dieser Veranstaltungen untergebracht, die Kreisverbände waren beleidigt, wenn sie es nicht bekamen. Und deswegen würde ich mir jedenfalls nicht erlauben, aus meiner persönlichen Einstellung heraus so mit der Handbewegung zu sagen, Dieter-Thomas-Heck-Show, das war wohl nichts, das spricht wohl die Jugend nicht an. Es spricht sicher nicht junge Studenten an, aber unsere Bevölkerung besteht eben nicht nur aus Studenten. (*Zwischenruf: Es gibt auch unkritische Jugend!*)

Barzel: Ja und das war sicher ein Punkt, der emotional günstig war. Einer der wenigen.

Lorenz: Also, Jugendpolitik, ein Fachausschuß für Jugendpolitik ist eine Sache. Der beschäftigt sich mit Fragen der Jugendgesetzgebung und der Ausbildungsförderung usw. Aber Jugendarbeit ist ja viel mehr! Jugendarbeit ist im Grunde doch der groß-angelegte Versuch unserer Partei, in allen ihren Bereichen wieder ins Gespräch zu kommen angesichts der Tatsache, daß Zweidrittel der Jugend uns nicht gewählt haben. Und da muß uns doch noch einmal klar sein, das wird kein jugendpolitischer Ausschuß leisten können. Daß die Arbeitsergebnisse dieses Ausschusses natürlich auch eine Rolle spielen bei dem Versuch, ist klar. Aber darüber hinaus müssen wir wieder die Faszinationskraft einer Partei bekommen. (*Starke Unruhe.*)

Kraske: Herr Lorenz, wir sind uns doch einig, daß auch dieses Problem nicht dadurch gelöst werden kann, daß ich dem Schatzmeister empfehle, den Zuschuß an die Junge Union umzuorganisieren. Das ist doch ein gemeinsames Problem zwischen Partei und Junger Union. Mehr soll ja hier gar nicht in Gang gebracht werden als diese neue Überlegung, Herr Echternach, ich nehme auf – das mag eine zu späte Erkenntnis sein, da schließe ich mich ein –, wir können nicht am Neuanfang einer neuen Arbeitsperiode wie bisher sagen, wir haben ja eine fabelhafte Junge Union und damit ist für uns als Partei das Problem abgehakt. Ich glaube, Ihre Erfahrungen in 20 Jahren sind nicht so, daß sie der Bundespartei im ganzen oder mir persönlich Begriffe wie „Disziplinierung“ unterschieben könnten, Herr Echternach. Für so dumm sollten Sie mich vor allem nicht halten, daß ich glaubte, das wäre in einer Partei wie der CDU möglich.

Köpler: Auch zu diesem Punkt, Herr Echternach, ich bekenne mich der Urheber-schaft zu diesem Vorschlag. Und zwar meine ich absolut nichts gegen die Junge Union damit. Ich meine auch, daß das unter gar keinen Umständen ohne die Junge Union und vor allen Dingen ohne den mitbestimmenden Einfluß der Jungen Union gemacht werden darf. Nur, was uns fehlt, ist etwas, was die Baracke längst hat, nämlich einen Runden Tisch all derjenigen Multiplikatoren im Jugendbereich. Die taufen das zwar auch „jugendpolitischen Ausschuß“ aus Tarnungsgründen, im Grunde befassen die sich gar nicht oder nur am Rande mit Jugendpolitik. Aber eine Absprache, eine parteipolitische Absprache mit den Leuten, die im Jugendbereich in Schlüsselstellungen stehend unserer Partei angehören, mit der Jungen Union zusammen an den Tisch zu bekommen, das brauchen wir. Das hatte ich vorgeschlagen, und das ist nicht gegen die

Junge Union, sondern ich glaube, das ist die Eröffnung eines neuen Einflußbereiches für die Junge Union.

Rollmann: Haargenau das, was Peter Lorenz gesagt hat, ist das Problem. Einmal die allgemeine Arbeit in der jungen Generation, die Herr Echternach auch hier angesprochen hat, und auf der anderen Seite, der sich damit teilweise überschneidende, aber bedeutend enger gefaßte, wiederum in andere Bereiche herüberreichende Bereich der Jugendpolitik. Mir ist es immer darum gegangen, in diesen ganzen Jahren einen jugendpolitischen Ausschuß zu kriegen, damit die Fragen der Jugendpolitik, der Jugendhilfe, Bundesjugendplan, Rechtsjugendschutz usw. hier mal auf der Ebene der Partei beraten werden kann mit den Leuten aus den freien Jugendwohlfahrtsverbänden, um die wir uns bisher nicht gekümmert haben. Das ist etwas anderes als das allgemeine Wiedergewinnen der jungen Generation für unsere Ziele. Ich bin der Meinung, Herr Dr. Barzel, daß man zu einem solchen jugendpolitischen Fachausschuß hier kommen sollte im Verlaufe dieser Sitzung und daß die anderen Fragen, wie kommen wir mit der jungen Generation wieder besser zu Rande, im Sinne Ihres Papiers mit der Jungen Union besprochen werden sollten. Das ist eine langfristige Angelegenheit. Wie kommt man da zu einer Konstruktion, zu einer besseren Organisation? Aber dieser jugendpolitische Fachausschuß, das ist etwas, was unsere Partei seit langem benötigt.

Barzel: Herr Echternach, darf ich fragen, ob – weil es ganz wichtig wäre auch für die Öffentlichkeit – Sie dem, was Rollmann jetzt gesagt hat, zustimmen können? Für die Junge Union?

Echternach: Gegen einen jugendpolitischen Fachausschuß habe ich gar keine Bedenken. Der hat ja mit der Jungen Union gar nichts zu tun.

Barzel: Gut, dann wollen wir dazu einen Vorschlag dem Präsidium geben. Das Präsidium kriegt hiermit den Auftrag, einen jugendpolitischen Fachausschuß vorzuschlagen, wie der installiert wird – natürlich nach einem Gespräch mit der Jungen Union. (*Zwischenruf:* Und der andere Punkt?) Das kommt jetzt, Herr Langguth. Der wird jetzt erst überhaupt eingebracht.

Langguth: Meinen Vorschlag in Sachen Jungwähler werde ich zum Schluß meiner Ausführungen bringen. Ich will als erstes sagen, daß ich mich zwar den Diskussionen von gestern anschließe oder den Beurteilungen der Diskussion von gestern, daß diese Diskussion auf einem hohen Niveau war. Ich habe aber bedauernd zur Kenntnis genommen, daß beispielsweise Mitarbeiter dieser Bundesgeschäftsstelle bestimmte Ergebnisse der Arbeit gestern aus der Zeitung entnehmen mußten und diese Diskussion nicht verfolgen können. Ich fand das nicht gut, denn wir waren in einem so großen Kreis, daß ich sagen muß, daß ich das nicht richtig gefunden habe. Punkt eins.

Punkt zwei: Herr Windelen, Sie hatten gestern eine Anmerkung gemacht, daß man doch die grundsätzliche Diskussion eher, wenn ich Sie richtig in Erinnerung habe, der Grundsatzkommission überlassen solle. Oder weiterführen. Ich muß sagen, wir haben gestern im Grunde genommen zum erstenmal in diesen 1½ Jahren, in denen ich diesem Bundesvorstand angehöre, überhaupt eine Grundsatzdiskussion geführt. Wir haben bisher in der ganzen Zeit in diesem Bundesvorstand nie die Möglichkeit dazu

gehabt. Ich gebe zu, daß das auch aufgrund aktueller Ereignisse immer so war, weil wir ja von einer politischen Ohnmacht in die andere fielen, wenn ich erinnere an Landtagswahlen usw. Trotzdem hatten wir ja nie die Möglichkeit, mal langfristig nachzudenken über das, was eigentlich mit der Union auch im Jahre 2000, wenn man so vordenkend sein will, geschehen soll. Das haben wir nicht gemacht. Ich muß sagen, wir haben es 1 ½ Jahre zu spät gemacht, und ich meine auch deswegen sagen zu müssen, daß wir das Papier, was von Herrn Dr. Schwarz-Schilling und mir hier vorgelegt wird, natürlich hier zur Diskussion stellen und auch hier zur Abstimmung stellen wollen, weil wir damit natürlich mit bewirken wollen, daß diese grundsätzliche Diskussion, wie sie notwendig ist, hier auch in diesem Bundesvorstand im einzelnen geführt wird. Ich möchte auch Herrn Echternach zustimmen, es wäre sinnvoll und notwendig, daß möglichst bald Ergebnisse dieser Grundsatzkommission vorgelegt werden, so schwierig diese grundsätzliche Arbeit ist, wie Herr Dr. Schwarz-Schilling und ich auch bei diesem Papier alleine haben merken können. Ich möchte aber insgesamt sagen, daß man gerade im Rahmen der Grundsatzdiskussion die langfristige Funktion des Bundesvorstands als eigenständigen Faktor gegenüber der Partei und Fraktion herausstellen müßte. Das nur zunächst dazu.

Nun zum Punkt 3, zu dem Papier Schwarz-Schilling/Langguth. Ich möchte nicht das wiederholen, was Dr. Schwarz-Schilling gestern hier im einzelnen ausgeführt hat. Ich möchte nur noch einmal in Erinnerung rufen, was die Kaltefleiter-Studie aussagt zur Frage „Qualität des Lebens“. Daß offensichtlich, wenn man den Begriff „Qualität des Lebens“ im materiellen Bereich ansieht, SPD und CDU gleichziehen. Das ist eine Erkenntnis, die man hier zur Kenntnis nehmen muß. Daß man aber noch weitersieht, daß bei der „Qualität des Lebens“ im moralisch-geistigen Sinne die SPD eindeutig im Vorsprung liegt. Ich glaube, wir sollten das zum Anlaß nehmen zu einer sehr viel tiefer gehenden, grundsätzlichen Besinnung hier der CDU, wenn ich mir in Erinnerung führe, allein wie die „C“-Diskussion in dieser Partei häufig abgewürgt wird. Ich sage abgewürgt. Wenn man da ein paar freundliche Worte zum „C“ vielleicht mal auf dem Parteitag sagt, dann wird zwar geklatscht, aber im Regelfalle muß ich sagen, mit dem „C“ kann man heutzutage vielfach nichts mehr anfangen, was ich bedauere. Weil dem wahrscheinlich, wenn ich das richtig sehe, auch von seiten der Parteiführung nie eine auf der Basis der Partei und allen Ebenen der Partei überzeugende Formulierung beigegeben wird. Auch das ist ein Punkt, wo Sie gerade die Frage stellen, was bedeutet „C“ heute noch. Herr Dr. Blüm hat das vorhin angesprochen. Ich würde es umfassen mit dem Wort „Solidarität“, mit den Schwachen beispielsweise, was das „C“ heute noch, auch langfristig, für unsere Partei zu bedeuten hat.

Nun müßte man zu einer ganzen Reihe von weiteren Punkten kommen, ich möchte ein paar kurze Anmerkungen noch machen. Wenn ich sehe, daß die FDP mit ihrem Freiburger Programm permanent arbeitet, die SPD mit ihrem Godesberger Programm, und keinem Menschen praktisch – ich übertreibe etwas zugegebenermaßen – das Berliner Programm der CDU innerhalb der CDU und außerhalb bekannt ist, muß ich sagen, wir müssen dazu kommen, daß auch die Parteiprogramme der CDU nicht etwa in einem dogmatischen Sinne, aber doch insgesamt eine stärkere Verbindlichkeit

erhalten. Auch hier, meine ich, hätte eine stärkere Funktion des Bundesvorstands der CDU liegen müssen, darauf mithinzuwirken. Ich will eines dankbar aufgreifen, was von Herrn Lampersbach heute morgen gesagt wurde. Man muß genauso auch in diesem Bundesvorstand überlegen, inwieweit die Rolle der Vereinigungen neu bestimmt und neu formuliert werden kann. Auch das ist ein Punkt, bei dem wir – das ist ja auch ein sehr gängiges Wort – uns selbst einer schonungslosen Kritik unterwerfen müssen. Und so kann man zu einer ganzen Reihe von weiteren Beispielen kommen. Wir müssen genauso überlegen, was können wir tun. Und deswegen auch meine Frage gestern an Herrn Kaltefleiter und andere, was können wir tun, hier eine stärkere Normenfindung vorzunehmen, Motivforschung vorzunehmen. Warum welche Leute welche Partei wählen. Auch solche Probleme müssen hier diskutiert werden.

Und so komme ich zu einem weiteren Punkt, der ganz wichtig ist, zur Frage der Schulungsarbeit. Ich kann nur sagen, wenn man sich einmal die Akademie Eichholz anschaut – und hier führe ich wieder auf das grundsätzliche Problem zurück – dann muß ich sagen, daß kaum jemand in dieser Partei die Existenz dieser Akademie – auch hier übertreibe ich bewußt etwas – bekannt ist. Obwohl dort insgesamt, wie ich meine, eine vorzügliche Arbeit geleistet wird. Und das hängt, wenn ich das richtig sehe, nicht zuletzt auch damit zusammen, daß sich führende Mitglieder dieser Partei kaum in der Akademie Eichholz oder in anderen Akademien der Partei sehen lassen. Oder kaum sehen lassen oder zu wenig sehen lassen. Es gibt sicherlich rühmliche Ausnahmen, Herr Dr. von Weizsäcker schüttelt den Kopf, aber ich bin der Auffassung. Ich habe gerade festgestellt, daß Mitarbeiter der Akademie Eichholz sich darüber beklagt haben. Wir müssen davon ausgehen, daß beispielsweise die Konrad-Adenauer-Stiftung sehr viel mehr auch zum geistigen Zentrum dieser Partei wird. Auch hier gibt es eine ganze Reihe von Möglichkeiten, die wir längst noch nicht ausgeschöpft haben. Ja, das ist sicherlich auch ein Organisationsproblem, das sich insgesamt vielfach stellt. Aber nun komme ich zu dem nächsten Punkt, nämlich zur Frage des hier von mir vorgelegten Jugendpapiers.

Ich muß sagen, ich war mir vielleicht bei der Abfassung dieses Papiers nicht ganz bewußt, daß hier möglicherweise eine kontroverse Position zur Jungen Union vorkommen könnte, was nicht beabsichtigt war. Die CDU hat in der jungen Generation, bei den Jungwählern, im ganzen Jungwählerbereich dieses furchtbare und erschreckende Image. Hier kann ich sagen, das, was wir hier im Bereich der Jungwähler bei den Bundestagswahlen gesehen haben, ist ja im Hochschulbereich schon seit Jahren vorweg genommen. Ich will zwar keine ehernen Gesichtsgesetze ableiten, aber wir können davon ausgehen, daß gesamtgesellschaftliche Entwicklungen schon häufig im Bereich der Hochschulen vorgezeichnet wurden. Wenn man sich die einzelnen Ergebnisse anschaut, auch das Image, das die CDU hier im einzelnen besitzt, dann kann nicht die Konsequenz darin bestehen zu sagen, daß die Junge Union in der Vergangenheit vorzügliche Arbeit geleistet hat und vielleicht noch in einem Nebensatz der RCDS mit einem freundlichen Wort bedacht wird, sondern dann meine ich, müssen auch hier konkrete Maßnahmen ergriffen werden. Ich weiß natürlich nicht, ob die Fragen eines Jugendsekretärs, wie ich sie hier angesprochen habe, das nonplusultra ist. Auf der an-

deren Seite, Herr Dr. Kraske, würde es mir als Ergebnis der heutigen Diskussion zu wenig sein, wenn es heißt, Blatt 14: „Deswegen empfiehlt sich die Bildung eines Jugendausschusses und der Ausbau eines entsprechenden Referates in der Bundesgeschäftsstelle“. Ich wäre unter Umständen, um die Diskussion vielleicht zu erleichtern, bereit, statt Jugendsekretär eine andere Formulierung zu finden, daß man sich hier auf einen Kompromiß einigt. Ich bin aber der Auffassung, daß mein Papier, weil es auch eine ganze Reihe von Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Jugendarbeit konkret aufzeigt, ansonsten weitgehend unverändert verabschiedet werden muß. Und ein Hinweis auf die CSU, die wir ansonsten ja doch in diesem Kreise vielleicht etwas häufiger kritisieren müßten, sollte auch langen, denn in der CSU gibt es schon seit Jahren ein Jugendreferat. Ich muß sagen, was die CSU als regionale Partei leistet, das könnten wir eigentlich auch als CDU und als Bundespartei mitmachen.

Und einen letzten und siebten Punkt und das in Form einer Frage. Ich weiß, daß diese Frage schlecht zu beantworten ist auf Bundesebene, weil diese Frage im Grunde genommen von den Parteiorganisationen vor Ort beantwortet werden müßte. Dennoch stellt sich für mich die Frage, was ist mit den Leuten, die sich vor dem 19. November für die Partei engagiert haben, was ist gemacht worden, um diese Leute auch tatsächlich parteipolitisch bei der Stange zu halten? Ich habe nämlich die Befürchtung, daß viele dieser Leute, nicht nur im intellektuellen oder sonstigen Bereich, sondern gerade auch jüngere Leute, nicht bei der Stange bleiben, und hier müssen auch Möglichkeiten überprüft werden.

Barzel: Darf ich einen ganz kleinen Hinweis zu dem Programm geben, um eigentlich zu unterstützen, was Herr Langguth dazu gesagt hat. Es ist eine komische Geschichte, aber eigentlich eine etwas lustige. Ich hatte in Berlin eine große Rede gehalten, bevor ich nach Moskau fuhr, und gesagt, also jetzt muß ich eine Erklärung an die Sowjetunion abgeben von weittragender Bedeutung.¹² Am Tag darauf war ich in Bremen, im Soltauer Kreis.¹³ Und dort sagten die, „Hör mal zu, Du hast ja prima Presse und das ist ja alles richtig, was Du da sagst. Aber vor Saarbrücken warst Du eigentlich kollegialer, da hast Du so was mit uns besprochen.“ Ich habe das eine Weile gehen lassen, dann habe ich ihnen mitgeteilt, daß das genau die Sätze aus unserem Berliner Programm waren, Wort für Wort, nicht ein Komma anders. Das ist ein hervorragendes Beispiel für das, was wir mit dem Programm gemacht haben. Ich bin ganz sicher, wenn uns hier in diesen Tagen – mit mir wäre das nicht gelungen, weil ich damit gerechnet habe – einer hätte aufs Kreuz legen wollen, der hätte ganz avantgardistisch daher geredet und hätte alles Mögliche gesagt, und das war dann irgendeine Stelle aus unserem Programm. Also, das sollten wir wirklich erst mal bei uns selbst ein bißchen beleben

12 Barzel hielt sich vom 9.–16. Dezember 1971 in Moskau auf, vgl. Nr. 20. Anm. 6. – Rede in der Berliner Hasenheide am 12. November 1971 in Pressereferat der CDU/CSU-Fraktion vom 12. November 1971.

13 Vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 15. November 1971 „Barzel lehnt Neuordnung der Bundesländer ab“. Der Soltauer Kreis der norddeutschen CDU-Verbände sprach sich am 14. November 1971 gegen eine Zusammenlegung der vier norddeutschen Bundesländer aus („Die Welt“ vom 15. November 1971 „Soltauerkreis‘ der CDU gegen Nordweststaat“).

und unsere nächsten Reden ein bißchen damit anfüllen. Darf ich das als Nutzenwendung sagen, weil natürlich, wenn wir davon nicht reden, die anderen davon eigentlich auch nicht sprechen können.

Kraske: Noch einmal der Hinweis, wir haben an alle, die sich irgendwo an unseren Wählerinitiativen beteiligt haben, nach der Wahl geschrieben. Daraus hat sich teilweise – gerade mit Professoren inzwischen – ein sehr ausführlicher in die Sache gehender Briefwechsel ergeben, der weitergeführt wird. Ich stimme Ihnen zu, wir müssen diesen Kreis, gerade nachdem die Aktionen keinen sichtbaren Erfolg hatten, zusammenhalten und weiterführen.

Wex: Auf zwei Fragen von den vielen angeschnittenen des vorigen Tages möchte ich etwas, was sich speziell auch auf unsere Arbeit bezieht, herausgreifen. Erstens, die Frage von Herrn Lemke. Die geht ein bißchen in die grundsätzliche Lage, in der wir uns jetzt ja befinden. Die hieß, warum kommt das eigentlich alles, was wir hier diskutieren, nicht in die Partei? Dazu möchte ich sagen, diese Diskussion, vielleicht nicht auf diesem Niveau und nicht auf dem Erfahrungshintergrund, den wir haben, ist ja in dieser Partei an einigen Stellen schon etwas längere Zeit geführt worden. Es ist ja nicht so, als wenn dies alles neu wäre, so es jetzt auch einen Realitätsbezug hat. Also ist die Grundsatzfrage, wie kommt das eigentlich jetzt in die Partei? Ich glaube, einer der wichtigsten Punkte ist der, daß der Stellenwert der theoretischen Überzeugung und Überlegung in dieser Partei höher angesetzt werden muß im Vergleich zu dem, zu dem wir vielleicht aus mehreren Gründen verurteilt waren, nämlich zu Aktionen, so daß die pragmatische Überlegung in unserer Partei in den letzten Jahren einen weitaus höheren Stellenwert hatte. Das ging so weit, daß alles, was an theoretischen Überzeugungen irgendwo besprochen wurde, in einem großen Teil unter Lyrik lief. Und gerade diese Abqualifizierung ist das gewesen, warum die Leute nicht erreicht werden, die diese theoretischen Überzeugungen als Träger und Exponenten in dieser Partei hätten plazieren müssen. Ich glaube, daß das ein ganz wichtiger Realitätspunkt hier ist, um uns klar zu machen und auch nicht wieder anzufangen mit der Frustrierung. Deswegen möchte ich sagen, natürlich kann das hier nur ein Ansatzpunkt sein. Aber wir müssen wissen, daß die Diskussion über theoretische Fragen in dieser Partei eine Vorgeschichte hat. Wenn wir daraus nicht gelernt haben, werden wir auch diesen Stellenwert für die Diskussion in dieser Partei nicht so weit treiben können, wie wir es brauchen.

Die Verbindung zu der Basis. Ich glaube, da sollten wir die Leute suchen, die für diese theoretischen Diskussionen und Grundsatzdiskussionen und, sagen wir, visionären Diskussionen, eine besondere Antenne haben. Und dazu gehören genau die Bereiche, bei denen wir am meisten verloren haben. Das sind die Frauen, die Jugend und die Arbeitnehmer. Gerade diese Gruppen sollten wir ansprechen, nicht nur, weil wir sie verloren haben, sondern weil sie gerade für diese Dinge, die wir hier besprochen haben und die wir doch nun wohl wirklich alle für wichtig genommen haben, besonders sensibel sind. Da ist eine Bereitschaft da, weil es sich in diesen Gruppen nämlich wirklich um Menschen handelt, die von der Zukunft etwas erwarten. Und das ist das Tertium comparationis gerade dieser drei Gruppen, die etwas erwarten von der Zukunft. Und ich kann nur sagen, was wir da im Bereich der Frauen in der letzten Zeit

gesehen haben, ist – wenn ich das noch sagen kann – in der Qualifikation Unvergleichliches in der ganzen Partei.

Nur, was sich da zeigt, ist, daß die Frauen nicht durchkommen mit ihrer Möglichkeit, das wirklich zu artikulieren. Und ich meine, daß wir da gerade das tun müßten, was auf der einen Seite Herr Schwarz-Schilling gesagt hat. Da sind Ethik und Moral als Schwerpunkte sehr gefragt, gerade in bezug auf das, weil sie Kinder haben und im Bereich der Familie darüber sehr viel gefragt werden. Da wird nicht gefragt, „Was macht Ihr im einzelnen“, sondern, „Was habt Ihr für Grundüberzeugungen?“. Bei der Polarisierung, die im Augenblick eingetreten ist, sind diese Fragen ganz schnell auch aktuell. In der Frage, was macht die CDU im Vergleich zur SPD? Das braucht nicht erst gesunkenes Kulturgut zu werden, sondern das geht durch die Information und Polarisierung sehr viel schneller. Also aus der Erfahrung sehe ich das als sehr positiv an.

Und der zweite Punkt ist, warum ich das so wichtig finde für die Frauen, das, was Herr von Weizsäcker gesagt hat. Basisarbeit bedeutet, daß man sich mit den Dingen beschäftigt, was die Menschen wirklich als ihr eigentliches Interessengebiet verstehen. Und da sind gerade bei den Frauen bestimmte Fragen, die der Konkretisierung warten. Ich glaube, daß wir bei bestimmten Entwicklungen jetzt nicht lange warten dürfen, weil ein Trend eingetreten ist, und nichts ist so erfolgreich wie der Erfolg. Wenn wir sehen, in welchen Bereichen die größten Einbrüche passiert sind – das ist bei Frauen, Arbeitnehmern usw. – dann können wir uns ja nur wundern, daß da nicht mehr passiert ist. Denn das Reservoir für die Argumentation der SPD/FDP ist ja noch gar nicht ausgeschöpft. Wenn das richtig gemacht wird, geht da noch einiges verloren. Das kann aber auf unserer Seite mit bestimmten Signalwirkungen verhindert werden. Aber ich glaube, darauf dürfen wir nicht so lange warten. Und deswegen meine ich, zwei Vorschläge machen zu sollen.

Herr Hasselmann hat nach der Frage der Frauenvereinigung und dem Selbstverständnis gefragt. Erstens würde ich folgendes sagen, die Frauenvereinigung steckt in denselben Schwierigkeiten wie jede andere Vereinigung in dieser Partei, aber sie hat eine ganz andere Funktion, und nun verstehen Sie es richtig, was ich jetzt sage, sie ist kein Interessenverband. Sie hat eine andere Funktion, aber sie hat deswegen auch anderen Nachholbedarf in bezug auf die Fachlichkeit der Interessenvereinigung. Herr Echternach, ich verstehe, was Sie zweifelnd macht. Aber sie hat eine ganz andere Funktion und sie hat auch einen ganz anderen Nachholbedarf in der Partei. Herr Hasselmann hat nach den Vorstellungen der Frauenvereinigung und nach dem, was sie machen will, gefragt. Ich kann nur sagen, der erste Punkt ist, daß sie aus dem Ghetto der Partei herauskommen muß. Denn es ist ja innerhalb der Frauenvereinigung schon sehr vieles an dem drin, was wir gemeint haben an neuer Methodik, diese Gruppen anzusprechen. Was fehlt, ist der Durchbruch in der Integration in die Partei, was nur durch Sachaussagen geht. Davon bin ich fest überzeugt. Das können wir aber auch leisten. Für uns ist die Sache eine Frage der Integration in die Partei, denn wir haben ja vieles anzubieten. Die Sachbeiträge kann diese Partei von uns haben, wir haben eine Kommission eingesetzt für die Vorbereitung des nächsten Delegiertentages, wo wir

vor allem auch kritische Frauen, die gar nicht unserer Meinung sind, in diesen Bereich hineingebeten haben und in diesem Bereich arbeiten lassen können. Wir werden eben keine Themen, die nur sich auf Frauen beziehen, besprechen, sondern auch andere Themen, wie Wirtschaftspolitik, Bodenrecht, alle diese Dinge, von denen wir ja auch eine andere Vorstellung vielleicht haben. Wir haben genug Sachfrauen, die das machen können.

Um noch einmal darauf zurückzukommen, daß wir nicht so lange warten können, mache ich jetzt folgenden Vorschlag: Ich glaube, daß wir viele Frauen haben, die gar nichts anderes wollen, als an der Basis arbeiten. Und ich möchte mal sehen, wo in der Partei es ein solches Reservoir gibt von anderen Menschen, die nirgendwo anders als an der Basis arbeiten wollen und die keine andere Möglichkeit haben, sich zu artikulieren, irgendwo außerhalb, auch außerhalb ihrer Ortsverbände. Ich kann nur sagen, was den Frauen teilweise auf der Ebene der Kreisverbände angetan wird an Unverständnis, das ist so abenteuerlich, daß die wirklich ein unheimliches Stehvermögen haben müssen. Ich bitte, Herr Kraske, wenn wir die Diskussion über die materiellen Dinge in die Kreisparteien geben, den Vorschlag zu machen, daß die Kreisparteien selber auch über ihre eigenen Organisationsfragen und über ihre eigene Lage in den Kreisparteien berichten sollen, was da passiert an Abwürgen von ganz unglaublich guten Initiativen, einfach weil der Vorstand bestimmte Dinge an sich zieht und weil da die Frauen ja immer unterrepräsentiert sind.

Ich habe bei meinem Einsatz im Wahlkampf gesehen, daß manche verkrusteten Strukturen auf der Ebene der Kreisparteien nur aufzulösen sind durch eine aktive Frauenarbeit. In der Qualifikation waren die Frauen, die sich da gezeigt haben, in vielen Dingen, gerade an der Basis, unseren eigenen Leuten überlegen. Deswegen muß von der Basis her auch eine Artikulationsmöglichkeit kommen, damit das nachher nicht nur in den männlich bestimmten Vorständen der Kreisparteien untergeht. Und deswegen mache ich für die Bundespartei folgenden Vorschlag. Ein Vorspann: Sie wissen, daß ich damals ziemlich Schwierigkeiten hatte, unser eigenes Kapitel in das Parteiprogramm hineinzukriegen. Da haben die Leute mir gesagt, und auch ein Teil von unseren, nicht draußen, sondern drinnen: „Ach, wir sind doch so weit, was ist das eigentlich für eine rückschrittliche Form, wir brauchen keine eigene Frauenpolitik, ein eigenes Frauenkapitel, die sind total integriert in die Partei.“ Es hat sich gezeigt, daß dieses eigene Frauenkapitel im Laufe des Wahlkampfes eine ganz unglaubliche Wirkung hatte für unsere Argumentation. Und die Konkretisierung, und deswegen bitte ich, in die Themen der nächsten Zeit doch noch aufzunehmen ein paar Fragen der Frauen, § 1356¹⁴ und bei den § 218-Diskussionen eine Konkretisierung der flankierenden Maßnahmen von uns aus. Das sind die zwei Punkte und für die Partei folgendes: Den Vorspann habe ich deswegen gemacht, weil es bestimmte Dinge gibt, einen Nachholbedarfskatalog für die Frauen, was man noch für sie tun muß.

Wir haben 1966 die Schutzklausel, Frau Brauksiepe, herausgenommen, daß eine

14 § 1356 BGB regelt Haushaltsführung und Erwerbstätigkeit der Ehegatten. Text im Internet: http://www.buergerliches-gesetzbuch.info/_buch/bgb_familienrecht.htm.

Frau irgendwo überall drin sein muß. Ich möchte jetzt den Vorschlag machen, daß wir eine Realitätsklausel einführen und zwar so, daß prozentual nach der Mitgliedschaft in der Partei die Delegierten festgesetzt werden müssen. Das käme bei uns darauf hinaus, daß jede 15. Delegierte eine Frau wäre. Wenn dann nicht genug Frauen für diese Sache zur Verfügung stehen, sind wir in einer ganz anderen Situation. Das halte ich für real, wenn wir das besetzen können, müssen wir entweder die Frauen wirklich präsentieren, oder die Frauen brauchen hier nicht mehr zu lamentieren, sie seien nicht genug repräsentiert. Ich glaube, so wäre das nach beiden Seiten eine Möglichkeit, einen Boden in der Frauenarbeit zu kriegen. § 1356! Darf ich mal eben sagen, 1356 BGB heißt, daß die Frauen nur soweit berufstätig sein dürfen, wie es ihrer Verpflichtung in Familie und Beruf vereinbar ist. Wenn wir das jetzt sagen können, daß wir das der Entscheidung der Ehepartner überlassen, wäre das eine Signalwirkung. Sie wissen ja, daß Herr Mischnick genau diese Passage aus meiner Rede aufgenommen hat, so daß ich auch da eine politische Wirkung finde.¹⁵ Und das zweite ist, daß wir auf unserer Ebene diese Sache mit dem Delegiertenschlüssel überlegen und diskutieren sollten. Ich glaube, wenn alleine die Überlegung hier aus dem Kreise klar würde, daß das eine Signalwirkung hätte. Danke!

Barzel: Ich hoffe, diese letzte Anregung ist hier aufgenommen. Ich habe noch zwei Wortmeldungen, und dann würde ich zu einer gewissen Zusammenfassung kommen, weil wir ja die Zusammenfassung nicht unter Druck machen müssen, wir haben gegen 12.30 Uhr ungefähr den Pressetermin.

Stingl: Es ist draußen nicht deutlich genug geworden, daß das „C“ ein Anspruch ist, daß es eine Aufgabe ist. Das ist es, was wir draußen bringen müssen. Wir müssen sagen, daß es uns nicht erlaubt ist – auch wenn wir gelegentlich mit anderen genau dasselbe abstimmen können – wegzugehen von den beiden Komponenten Personalität und Solidarität. Das ist sehr verkürzt; es ist sicher klar, was damit gemeint ist – also kein Recht, sondern eine Pflicht aus dem „C“. Das müssen wir besonders den jungen Menschen verständlich machen, die uns ständig vorwerfen, ihr wollt uns ständig deutlich machen, wer ihr seid, aber es wird nicht deutlich, daß es eine Verpflichtung ist in dem Sinn, wie Herr Echternach gesagt hat, Anwalt der Benachteiligten zu sein. Wir müssen also menschlich packender sein, und auch wir – jeder einzelne von uns – muß sich menschlicher geben.

Für die Analyse der Wahl ist sicher alles Material ausgezeichnet, aber wir sollten in der Akademie einmal versuchen, Parallelen zu 1933 etwas mehr zu erforschen. Herr Langguth, Sie haben vorhin gesagt, daß sich sehr vieles zunächst in der Universität gezeigt hat. Genau dasselbe war vor 1933. Auch da hat sich zuerst vieles an Entwicklung an der Universität gezeigt, und wir sollten das auch nicht außer acht lassen.

Zu einigen praktischen Dingen. Ich bin Vorsitzender, wie Sie wissen, des Sozialpolitischen Ausschusses der Partei. Ich habe fast keine Lust mehr, diese Arbeit zu ma-

15 Mischnick ging in seinem Redebeitrag am 26. Januar 1973 (Sten.Ber. 7. WP 10. Sitzung S. 375) zur Aussprache über die Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 kurz auf die Erklärung von Wex am Vortag ein (Sten.Ber. 7. WP 9. Sitzung S. 280–283).

chen. Denn alles, was ich bisher dort gefertigt habe und dem Vorstand gegeben habe, ist nicht diskutiert worden. Und in der Fraktion ist es nur sehr spärlich zur Kenntnis genommen worden. Wir sind draußen ein bißchen in den Geruch gekommen, daß wir nur immer mehr etwas drauflegen und keine eigene Konzeption in den Dingen haben, obwohl wir sie vorzeigen können. Ich glaube, es hängt damit zusammen, daß wir in dem, was wir geschaffen haben, nicht mehr präsent sind. Ich will es an meiner Anstalt zeigen. Wir haben das AFG konsequent diskutiert und gemacht. Aber in den Selbstverwaltungsorganen bei mir sind prononcierte CDU-Leute mit der Lupe zu suchen. Unter den Arbeitgebern, die delegiert werden, ist kaum jemand, der in Parteigremien mitmacht. Ausnahmen bestätigen natürlich – wie überall – die Regel. Während auf der anderen Seite von den Gewerkschaften immer wieder prononcierte SPD-Leute geschickt werden, die die Politik der Partei in diesen Bereichen weiterführen.

Ich glaube, daß das für einige Aussagen wichtig ist, die gestern mitgetroffen wurden. Herr Kaltefleiter hat gestern gesagt, daß die Situation für uns etwa ein oder 1½ Jahre früher deshalb viel günstiger war, weil der Blick der Bevölkerung auf die wirtschaftliche Entwicklung ängstlicher geworden war, weil sie gesagt hat, das kommt jetzt möglicherweise zu schwierigen Verhältnissen. In meinem Bereich haben etwa vor einem Jahr alle etwas Angst vor Arbeitslosigkeit gehabt, und die CDU hat auch gesagt, das bringt Arbeitslosigkeit. In der Pressekonferenz hat die CDU leider etwas anderes gesagt.¹⁶ Ich bin leider nicht gefragt worden, denn nach meinen Unterlagen sah das etwa gar nicht so aus. Das hat ja auch gestimmt. Ich bin hier anwesend, und ich habe bisher nicht ein einziges Mal im Vorstand zu Fragen der Arbeitsmarktlage Stellung nehmen können. Da habe ich mich vorher angemeldet, und als ich drankam, waren noch drei Leute da. Ich bin bereit, das jedesmal zu tun, schicke auch das Material, das ich habe, hierher. Aber man müßte sich doch dort, wo man noch jemanden hat, der Einblick hat, sich dieser Dinge bedienen. In die Akademie Eichholz bin ich überhaupt noch nie eingeladen worden. Jede Aufbereitung von mir geht an die Fraktion. Ich übertreibe es sogar, daß ich sie noch an die Ausschüsse schicke, aber ich kann natürlich nicht in meiner Anstalt die Weisung geben, alles an die CDU zu schicken und an die anderen nicht. Da muß schon Interesse spürbar sein.

In gleicher Weise mache ich jetzt aufmerksam, daß die Weggabe der Berufsbildung vom Arbeitsministerium zum Wissenschaftsministerium schwere Folgen haben kann, wenn wir nicht selber aufpassen und mindestens versuchen, in die Berufsbildungsausschüsse zu kommen, die nach dem Berufsbildungsgesetz gebildet sind. Wir sind drin als Bundesanstalt. Ich habe auch jemand drin, von dem ich glaube – man ist bei solchen Sachen nicht sicher, ich habe jetzt erfahren, daß Leute in die SPD eingetreten sind, die vor drei Wochen noch zu Arbeitsamtsdirektoren gemacht worden sind –, daß da nichts passiert. Aber wo hat die CDU einmal darüber nachgedacht und der BDA gesagt, ihr

16 Vgl. Stellungnahme von Ernst Müller-Hermann zur Pressekonferenz zum Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung vom 28. Januar 1972 in ACDP Dokumentation 0/063/12 sowie Bericht der Bundesanstalt für Arbeit zur Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in BULLETIN Nr. 10 vom 25. Januar 1972 S. 94.

müßt den oder jenen reinschicken? Es genügt uns schon immer, wenn es nicht ein DGB-Mann ist, aber ob die Arbeitgeber dann auf unserer Seite liegen, das überprüfen wir dann nicht. Man sollte auch nicht übersehen, daß die Synode von uns vernachlässigt wird. Heinrich Köppler, in meinem Arbeitskreis, Sachkommission V, wird ein Papier verfertigt über Demokratie, und wer macht es? Herr Risse¹⁷! Initiator der sozialdemokratischen Wählerinitiative, der übrigens einen Schreck gekriegt hat über das gute Wahlergebnis der SPD. Jetzt müssen sie nämlich dazu stehen, daß sie da auch als Katholiken etwas sagen können.

Und es ist einfach eine Überforderung. Herr Mikat – er ist nicht da, jetzt muß ich es also etwas weniger scharf sagen, als ich es vorhatte – ist nicht mehr in dieser Sachkommission. Ja, Herr Maier¹⁸, Kultusminister, ist überhaupt noch nie in der Sitzung gewesen, seit er das Programm entwickelt hat.¹⁹ Das erstmal habe ich gestern geschwänzt, weil ich hier war, aber ich kann Ihnen sagen, das sind Arbeitsbelastungen, die man offenbar nicht sieht und wo die Arbeitsteilung von der CDU aus miserabel ist.

Von Hassel: Herr Vorsitzender, ich habe fünf Bemerkungen zu machen und möchte mich weniger auf die grundsätzlichen Dinge des gestrigen Tages beziehen, aber zu gestern noch zwei Unterbemerkungen zunächst einmal vorausschicken. Das eine schließt an an das, was unser Kollege Dr. Blüm sagt über die Frage des Niveaus und des Stils, die wir gestern so gepriesen hätten, und Sie sind der Meinung, daß sei eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Lieber Freund Blüm, ich bin also lange genug in diesem Beritt hier, um Ihnen sagen zu können, einmal aufgelistet, wie oft ich in früheren Zeiten aus dem Bundesvorstand oder dem Präsidium weggegangen bin mit der Überzeugung, ich sei eigentlich doch in diesem Kreise fehl am Platze, denn es sei die Art, der Stil, den wir dort gehabt haben, so deprimierend, daß ich eigentlich mir zu schade vorkäme, meine Zeit dort zu opfern. Es gab eine Zeit bei uns, Herr Kollege Dr. Blüm, wo man aus dem Präsidium das Gefühl hatte, daß, wenn es einem schlecht ging, einige sich ein bißchen die Hände reiben, weil sie dann den Eindruck haben, daß man dann selber im Ansehen der Bevölkerung steigt. Wir sollten aber davon ausgehen, daß – wie bei kommunizierenden Röhren – entweder viel Wasser drin ist für alle, oder wenig Wasser drin ist, aber für alle. Die vergangenen Jahre haben mich jedenfalls zur Überzeugung kommen lassen, daß in diesem Vorstand und Präsidium in einer ganz besonders guten Art und besonders guten Atmosphäre, frei von Stilett- und Diadochenkämpfen, gearbeitet worden ist. Und deshalb bin ich böse über den Artikel in der

17 Heinz-Theo Risse (geb. 1924), Journalist; 1952–1956 Redakteur des „Michael“ und der „Allgemeinen Sonntagszeitung“, Tätigkeit als freiberuflicher Journalist. Vgl. Volker RITTBERGER/Michael ZÜRN: Forschung für neue Friedensregeln. Rückblick auf zwei Jahrzehnte Friedensforschung. Für Heinz-Theo Risse. Stuttgart 1990.

18 Dr. Hans Maier (geb. 1931), Politologe; 1962 Professor für Politische Wissenschaften in München; 1970–1986 Staatsminister für Unterricht und Kultus Bayern, 1973 CSU, 1976–1988 Präsident des ZdK, 1978–1987 MdL Bayern, 1988–1999 Professor für Christliche Weltanschauung, Religions- und Kulturtheorie München. Vgl. LEXIKON S. 320f.

19 Exposé der Sachkommission V „Der Dienst der Kirche für Entwicklung und Frieden“ in ACDP 01–451–042.

„Welt am Sonntag“ heute, in der also Roderich Schneider schreibt, es wären die Diadochen wieder im Gange und man schleife die Stiletts. Dieser Artikel ist typisch, am Freitag geschrieben und nicht etwa am gestrigen Abend.

Das zweite, was zu gestern, und was auch in Anschluß an das, was ich eben in der „Welt am Sonntag“ lese, zu sagen ist, ist dieses: Ein bißchen zu kurz gekommen scheint mir gestern, daß neben den Betrachtungen über die Wahl auch einmal ein Wort in zwei Richtungen gesagt wird: Nämlich einmal – ich bin frei von Byzantinismus, weiß Gott, dafür bin ich bekannt –, daß unser Vorsitzender in diesen Jahren eine wirklich ungewöhnliche Arbeit als Vorsitzender, als Fraktionsvorsitzender in der Politik, im Parlament und draußen geleistet hat, daß man das jedenfalls einmal mit einem Wort hier auch sagen sollte. Und daß man bei dem Vergleich früherer Organisation der Bundespartei und der heutigen bei aller Kritik, die hier oder dort ansetzen mag, einfach sagen muß, wir sind durch Generalsekretär und Bundesgeschäftsführer doch einen weiten Schritt vorangekommen. Herr Dr. Kraske weiß, daß ich an einigen Punkten Kritik übe, z. B. an der prinzipiellen Frage, soll man im Wahlkampf die FDP überhaupt angreifen oder nicht? Man war der Meinung, man solle sie verschweigen, ich hielt das persönlich für falsch, aber das ist eine Sachfrage in der Politik, über die man sicher diskutieren kann.

Das zweite, was ich sagen möchte, ist ein Wort zur Arbeit in der Partei, und das unterteilt sich in drei Bereiche. Zunächst einmal zur Jungen Union. Ich möchte meinem Nachbarn zur Linken und der Jungen Union dafür danken, daß sie uns so fabelhaft unterstützt hat. Aber das schließt nicht aus, daß es viele Lücken im Verhältnis Junge Union und Bundespartei gibt, die man einfach gemeinsam ausfüllen muß. Ich habe zuweilen bei der Jungen Union auszusetzen, Herr Echternach, daß sie sich zu sehr auf Akademiker konzentriert und dabei auch sehr stark das – ich möchte mal sagen – personalpolitische Ambiente des einzelnen zu stark in den Vordergrund stellt und man die Chance der Jungen Union dazu nutzen möchte, irgendwie weiterzukommen, aber nicht hineinsteigt in die Tiefenarbeit selber. Meine Bitte geht einfach dahin, daß wir in der Jungen Union mit Unterstützung durch die Partei uns Kreisen zuwenden, von denen ich während des Wahlkampfes einen ganz besonders guten Eindruck gehabt habe, das sind nämlich die jungen Leute unter 18 Jahren. Was ich dort gesehen habe an Bereitschaft, uns zu helfen, aber auch an Interesse und Kenntnis, möchte ich an zwei Beispielen erläutern, in der Hoffnung, daß das nicht zu sehr Ihre Zeit absorbiert.

Das eine war eine Veranstaltung bei Lenze²⁰ (Attendorf) in Schnee und Eis, wir kamen verspätet. Große Veranstaltung in der Aula nachmittags um 17.00 Uhr. Ich habe nicht geredet, sondern sofort die Diskussion eröffnet. Der letzte Diskussionsredner sagte mir: „Warum haben Sie denn vor 20 Jahren diese Verträge nicht abgeschlossen? Wie war der Preis, den Sie hätten zahlen müssen, und warum haben Sie den nicht ge-

20 Franz Lenze (1910–2005), Studienrat; 1945 CDU, 1946–1949 Vorsitzender der JU Olpe, 1953–1972 MdB, 1957–1972 Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates und der WEU.

zahlt?“ Dieser Fragesteller war ein 11jähriger Junge, der mir auffiel, daß er also gebannt zugehört hatte die ganze Zeit vorher, wie ich mit diesen Leuten nun fertig wurde.

Das zweite war ausgerechnet einer meiner vielen Enkel – ich habe einen ganzen Haufen –, der mit mir politische Diskussionen führt, die geradezu ein Genuß sind. Und meine Frage ist, ob man nicht einmal ein Dutzend Jungs dieser Altersgruppe einlädt, um die zu befragen: „Was eigentlich hat Euch etwa an den großen Diskussionen mit Barzel gefallen?“ Es ist doch hoch interessant, daß mein Enkel sagt, „In Diskussion mit Barzel war aber Barzel mit Abstand der Beste, am nächsten Tag haben wir in der Schule darüber diskutiert, und ich habe in der Schule“ – als 12jähriger! – „Wahlreden gehalten und habe denen folgendes gesagt“. Und nun zählt der auf, wie er diese Kerle dort angeht: „Geht doch jetzt mal hin und kauft Euch da die kleinen Kuchen, die kosten nicht mehr 20 Pfennig sondern 25, und fragt mal Eure Mutter, Ihr müßt jetzt 20 Pfennig für den Liter Milch mehr bezahlen, bei einer vierköpfigen Familie macht das pro Tag 80 Pfennige“, so in dieser Art. Verehrte Freunde aus der Leitung und auch aus der Jungen Union, diese jungen Menschen kann man nicht alleine damit ansprechen, daß man etwa einen Informationsdienst für Schülerzeitungen herausgibt, denn die Schülerzeitungen, diese schrecklichen, sind z. T. eingegangen. Es gibt heute Schülerzeitungen, die woanders gemacht werden, die erreichen wir nicht mehr mit unserem Informationsdienst. Vielmehr müssen wir in einer plausiblen Sprache den jungen Leuten, und zwar ganz breit gestreut und nicht nur über Informationsdienste, klarmachen, was wir eigentlich wollen. Dann werden wir sehr viel weiter kommen. Meine Bitte ist, daß das irgendwie mit eingespeist wird.

Das zweite ist die Frage der Frauen. Frau Kollegin Wex, da Sie vor mir geredet haben, sieht es ein bißchen wie nachkarten aus. Ich will Ihnen mal eines sagen, gnädige Frau, und zwar ernsthaft. Ich suche eine Chance, in einer Versammlung der CDU den Männern die Leviten zu lesen über die Art, wie sie an den Möglichkeiten der Mitarbeit der Frau vorbeigehen. Wenn Sie das sagen als Frau, dann heißt es einfach nur: „Nun kommen die Frauen schon wieder, das ist die alte Platte seit 20 Jahren.“ Es hat keinen Zweck, daß Sie das sagen, Sie müssen uns vieles an die Hand geben. Es funktioniert nur, wenn wir Männer den Männern die Leviten lesen, wie sie nämlich mit dem Potential der Frauen umgehen. Die Frauen haben in einer Form heute nämlich Verantwortung zu übernehmen, die eigentlich den Männern klarmachen müßte, in welchem Ausmaß die Frauen sich beteiligen können. Bei der Großveranstaltung in Essen habe ich das gesagt. Die Frau ist heute weitgehend verantwortlich für die Erziehung der eigenen Kinder. Die Männer kommen abends nach Hause und haben keine Lust mehr, sich den bohrenden Fragen ihrer eigenen Kinder zu stellen. Das überlassen sie freudlichst der Frau. Die Frau muß besser informiert sein, sie muß drin sein, sie muß einfach die Möglichkeiten haben, und da schließe ich an an zwei Bemerkungen. Wenn Sie mal mit einem Personalchef reden, dann stellen Sie fest, wenn eine junge Frau, Referendarin, Assessorin oder Inspektorenanwärterin sich in einem Personalbüro meldet, und es melden sich auch einige junge Männer, nimmt der Personalchef erst einmal die jungen Männer und nicht die jungen Frauen, weil er meint, mit den Frauen hat er doch nachher Probleme.

Die Sozialdemokraten machen das ganz bewußt, sie tun nicht nur etwas für die Frauen, gnädige Frau, in dem Sinne, den Sie in der Gesetzgebung ansprechen, sie tun in der Praxis etwas. Und gucken Sie sich hier um in den Bonner Ministerien, in welch breiter Front dort Frauen gleichberechtigt in die Verwaltung auf allen Ebenen, vom gehobenen Dienst bis zum höheren Dienst, eingeordnet sind. Und nicht umsonst haben sie ja zum Präsidenten des Statistischen Amtes eine Frau²¹ gemacht, die am Wahlsonntagabend im Fernsehen mehrfach auftrat und ihre Sache gut gemacht hat. Annemarie Renger²² haben sie jetzt gewählt aus einer Reihe von Gründen, sie wollten den Schmitt-Vockenhausen²³ nicht, den mögen sie nicht, und sie wollten nicht weniger den Professor Schäfer²⁴, das ist ein entsetzlicher Kerl. Und deshalb haben sie also, gleichzeitig dann, ich möchte mal sagen, ein bißchen das schlechte Gewissen kompensiert.

Verehrte Frau Dr. Wex, Ihr Vorschlag mit den 15 % hat eine Parallele. Ich weiß nicht, wer von Ihnen mal in London, Blackpool oder in Brighton war bei einem konservativen Parteitag. Die Konservativen haben eine Satzung, die bestimmt, daß jeder Wahlkreis fünf Delegierte hat. Sie haben 600 und einige Wahlkreise, sie haben über 3.000 Delegierte. Da muß jede fünfte eine Frau sein. Kommen Sie auf einen solchen Parteitag mit 4.000, 5.000 Menschen, dann ist mit dem ganzen Schlachtengefolge zunächst einmal das Bild, daß ein Drittel Frauen sind, die mit großem Engagement dabei sind. Und bei uns haben Sie jedesmal den Ärger, den Männern klar zu machen in einer Delegiertenveranstaltung, daß sie auch Frauen dorthin zu schicken haben. Nun gibt es, gnädige Frau, wenn ich so eine Rede halte, natürlich auch einiges den Frauen ins Stammbuch zu schreiben, also die kommen dann auch nicht ungeschoren davon. Aber Sie sollten ernsthaft überlegen, ob man durch die Satzung, wenn es die Herren der Schöpfung nicht freiwillig tun, dieses Element nicht vergrößert.

Das dritte bei der Arbeit der Partei ist die Frage der Mitarbeit. Meine Freunde, wir kriegen eine Menge neuer Mitglieder. Mancher geht enttäuscht weg, weil er nicht mitgespannt wird. Und wir haben, ob unten, Mitte oder oben, so entsetzlich viel Kontaktarbeit zu leisten, daß wir jeden einsetzen können, es bedarf dazu nur ein bißchen des Nachdenkens. Ich möchte Ihnen dazu doch eines sagen: Die Sozialdemokraten teilen ihre Stadt auf in Bezirke, und da kriegt jeder die Verantwortung und guckt nach und sagt, da oben im dritten Stock eines Altbaus oder des Neubaus da weiter oben ist eine Familie, die hat Probleme, die wir zwar nicht lösen können, aber wir gehen hin

21 Dr. Hildegard Bartels (1914–2008), Diplom-Volkswirtin; 1972–1980 Präsidentin des Statistischen Bundesamtes.

22 Annemarie Renger (1919–2008), Verlagskauffrau; 1945 SPD, 1945–1952 Privatsekretärin von Kurt Schumacher, 1953–1990 MdB (1969–1972 Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion), 1962–1973 Mitglied des SPD-Parteivorstands, 1972–1976 Präsidentin des Deutschen Bundestages, 1972–1976 Vorsitzende des Gemeinsamen Ausschusses von Bundesrat und Bundestag.

23 Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen (1923–1979), Jurist; 1953–1979 MdB (SPD, 1961–1969 Vorsitzender des Innenausschusses des Bundestages, 1972–1979 Mitglied des Außenpolitischen Ausschusses), 1970 Mitgründer des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“,

24 Friedrich Schäfer. Vgl. Nr. 27 Anm. 9.

und klären das mal und sprechen mal mit denen. Die CDU redet großartig über Europa. Alle können das. Die Sozialdemokraten gehen treppauf, treppab und kümmern sich darum und zeigen sich. Dort gibt es genügend Möglichkeiten für den kleinen Mann. Ein Beispiel haben wir gestern abend hier gesehen mit dem Mann, der 750 Bausteine für das Adenauer-Haus an den Mann gebracht hat. Er hat nachher lange mit mir gesprochen, ein Polier oder ein Putzer, wie er sich nennt, der mir schildert, wie der das macht. Die Mitarbeit ist also möglich.

Das zweite ist aber die Frage, wie kombiniert man miteinander den Zuwachs von Mitgliedern aus der intellektuellen Welt mit der breiten Mitgliederschaft bei uns? Wer die Ortsveranstaltungen kennt, der weiß, daß da mit Mini-Problemen der Tag und der Abend vertan wird, und da gibt es viele neue Mitglieder, die sagen, dazu habe ich nicht viel Lust, mich abends dahinzusetzen. Man muß also eine Möglichkeit schaffen, dieser geistigen Welt, die wir haben wollen, auch die Chance zu geben, zusätzlich in der Form einer vernünftigen Kooperation dort mitzuwirken, wo sie dann das Gefühl hat, daß sie dort das mit an den Mann bringen kann, was sie zu sagen hat.

Und das dritte: Alle Mitglieder müssen das Gefühl bekommen, daß das, was sie diskutieren und erarbeiten, auch weiter oben zur Kenntnis genommen wird und nicht einfach in den Papierkorb wandert, oder gesagt wird, das kennen wir seit 20 Jahren. Diese Mitglieder der bisherigen breiten Volksparteischicht waren übrigens nirgendwo so gut sichtbar, Herr Vorsitzender, wie damals in der „Neuen Welt“²⁵. Wer oben auf der Tribüne saß, der sah, daß diese Partei eine Volkspartei ist. Da unten waren nämlich die kleinen Leute in einer Form vertreten, daß man einfach sagen kann, Hut ab vor dieser Volkspartei. Aber auch diese, genau wie neuzugewinnende Mitglieder wollen das Gefühl haben, daß das, was sie selbst durchdenken, was sie selbst erarbeiten, zur Kenntnis genommen und berücksichtigt wird oder man sie später wissen läßt, aus welchen Gründen etwa der Fachausschuß, der Bundesfachausschuß, der Landesfachausschuß oder Kreisfachausschuß, man diese Anregung nicht berücksichtigt hat.

Das fünfte und letzte ist dann die Frage im vorpolitischen Raum. Liebe Freunde, die Mitarbeit der neuen Mitglieder und vieler, vieler alter ist absolut möglich, wenn man ihnen die Aufgabe zuweist, sich zu kümmern um den vorpolitischen Raum. Ich habe mir einmal eine Liste geben lassen auf Bundesebene, was es für Vereinigungen gibt, die systematisch in die Hände der Sozialdemokraten gewandert sind, weil wir uns darum nicht gekümmert haben. Es gibt auf Bundesebene Hunderte von Gruppen, die von uns nicht betreut werden. Deshalb meine ich, daß zu der Aufgabe der Organisation gehört, zunächst überhaupt mal eine Sortierung vorzunehmen, was es alles auf Bundesebene, analog auf Landesebene gibt, und daß man dann eine Reihe von Freunden verpflichtet, sich um diese zu kümmern. Das kann nicht alles der Generalsekretär, der Bundesgeschäftsführer oder etwa der Parteivorsitzende selber machen. Meine Bitte geht dahin, daß man wirklich diesen Bereichen des vorpolitischen Raums nicht etwa nur hier ein Wort zuwendet, sondern daß man systematisch klärt, wo gibt es was, und

25 Kundgebung des LV Berlin in der „Neuen Welt“ in der Berliner Hasenheide (Bezirk Neukölln) am 6. November 1968, vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1269 Anm. 27.

was ist zu betreuen. Von Akademien der evangelischen, der katholischen Seite bis hin zu Organisationen aller, letztlich auch bis zu Karnevalsvereinigungen, da sind wir wahrscheinlich noch am allerbesten vertreten. Meine Bitte geht also dahin, daß wir das systematisieren.

Noch einmal zurück zu der Frage von Frau Dr. Wex mit den 15 %, das ist irgendwie komisch. Ich würde persönlich sagen, ein Fünftel sollte es wirklich sein. Das dürfen nicht die Frauen fordern und die Frauen vertreten, sondern die Männer müssen bereit sein, das zu ihrem Anliegen zu machen.

Barzel: Herzlichen Dank, das war eine sehr temperamentvolle Rede, der wir, wie ich hoffe, überwiegend zustimmen. Ich würde Ihnen vorschlagen, daß wir auf die Berichte der Mitglieder des Präsidiums über deren Sachbereiche heute verzichten, wir schaffen das nicht in vernünftiger Weise abzuhandeln. Da gibt es Medienpolitik, da gibt es Arbeitnehmerfragen und Frauen und weiß ich was. Das schaffen wir heute nicht, das müssen wir uns morgen anhören. Nun möchte ich versuchen, ein bißchen zusammenzufassen und das auch in einen Fahrplan zu bringen. Der Fahrplan ist für Gelernte ja immer das Wichtigste.

Wir haben also, um mit der Technik anzufangen, auch daran zu denken, daß wir durch das, was wir hier tun und verkünden, weder die Empfindlichkeiten des Bundesparteiausschusses noch der Fraktion stören und auch uns nicht übernehmen, d. h. konkret wird ein Arbeitsprogramm erst nach diesen beiden Sitzungen vorgelegt und dann auch publiziert werden können. Ich empfehle deshalb, daß wir außer den bekannten Sitzungen, der Fraktion in Berlin²⁶, dann am 12. Februar Bundesparteiausschuß²⁷, am 19. Februar eine zusätzliche Sitzung dieses Bundesvorstandes uns vornehmen mit ein bißchen mehr Zeit als drei oder vier Stunden und daß wir das Präsidium beauftragen, aus diesen Diskussionen das Arbeitsprogramm dann vorzulegen. Das zum Verfahren. Lassen Sie mich im Zusammenhang berichten, ich möchte auch von diesen Vorrechten Gebrauch machen.

Was nun unsere künftige Politik betrifft, war ja im wesentlichen mein Thema. Ich habe niemanden gehört – das hätte mich auch gewundert –, der der Formulierung unserer Ziele, wie ich sie vorgetragen habe oder unserer Prinzipien widersprochen hätte. Ich habe niemanden gehört, der widersprochen hätte, uns auf Schwerpunkte zu konzentrieren und die einzuteilen in mittelfristige und langfristige Schwerpunkte. Ich habe einen ganzen Katalog von Themen genannt für die mittelfristigen Schwerpunkte. Dazu ist von keinem dieser genannten Themen gesagt worden, die seien unsinnig oder überflüssig. Es ist auch kein zusätzliches hinzugekommen. Was wir nun machen müssen, ist, aus diesen ungefähr zwölf Themen, die ich nannte im innenpolitischen Bereich, daß wir auf Schwerpunkte kommen. Dazu werden wir noch einmal die Debatte von heute analysieren. Daß wir dann sehen, für welche Zwecke setzen wir nun Arbeitsgruppen der Partei, Arbeitsgruppen der Fraktion oder gemischte Gruppen ein.

26 Klausurtagung der CDU/CSU-Fraktion am 5./6. Februar 1973 in Berlin, vgl. Nr. 32 Anm. 7.

27 Sitzungsunterlagen in ACDP 07–001–610.

Das muß sich nach dem Stand sowohl der Diskussion unter uns richten, wie auch nach dem Fristenkatalog, wo wir es einordnen.

Also, um das praktisch anzudeuten. Eine Frage wie diese Eigentumsgesetze ist weit gediehen, da haben wir fünf Gesetze im Programm gehabt, das sollte die Fraktion bekommen, um das fortzuschreiben und dann einzubringen, wann wir dies nach gemeinsamer Überlegung für richtig halten.

Dagegen sind die mehr grundsätzlichen Fragen wie z. B. Bodenrecht – eine Frage, die ganz dringend wird – in unserem Diskussionsstand fernab dessen, was heute notwendig wäre. Wir haben dies empfunden, als wir unser Programm für Wiesbaden machten und uns eigentlich einig waren, daß wir da wirklich eine Formel gefunden haben, mit der man arbeiten konnte. Sah auch ganz attraktiv aus, aber eine wirkliche Ahnung davon haben wir noch nicht. Da das die Grundsätze betrifft, scheint mir das keine Sache allein der Fraktion oder der Partei zu sein. Da wir auf der anderen Seite aber damit rechnen müssen, daß diese Regierung bald, also vielleicht im Herbst, mit einer Vorlage kommt, sollten wir da einen gemischten Ausschuß einsetzen. Diese beiden Beispiele einmal dafür. Ich habe auch keinen Widerspruch gefunden zu der Feststellung, daß wir die Deutschlandpolitik nach Ablehnung des Grundvertrages so formulieren müßten, daß wir dem UNO-Beitritt zustimmen sollten. Der einzige Punkt, wo es zwei Hinweise gab, das betraf die Bundesversammlung im Jahr 1974. Ich habe da ja auf Herrn Windelens Rede schon gesagt, daß wir darauf natürlich zurückkommen müssen, daß das nur für mich ein Posten ist, der aufrichtigerweise in eine Vorausschau hier aufgenommen werden sollte.

Ich glaube, daß wir im Grunde auch nach der Verdeutlichung, Herr Stoltenberg und Herr Rollmann, die ich gegeben habe auf die Frage, welchen Rat wir der Fraktion geben hinsichtlich der Geduld und der Frage, die Regierung kommen zu lassen, nicht so schrecklich auseinander sind. Es ist eine prinzipielle Frage, zunächst mal der Fraktion zu sagen, nun seid nicht hektisch, damit wir dann wirklich nur auf Schwerpunkte kommen und entweder ganz etwas Neues haben, was die Regierung nicht hat, oder einen Platz besetzen, den die Regierung nicht zu besetzen imstande ist, wie etwa die Eigentumsproblematik zeigt. Wir haben ein Kommuniqué entworfen, das der Generalsekretär Ihnen gleich verlesen wird. Diese Zusammenfassung sollten wir nicht erst am Schluß haben und dann aufstehen, sondern auch noch diskutieren. Wenn ich diese Diskussion immer nur mit dem Blick auf unsere künftige Politik – und daraus leitet sich dann ja Parteiarbeit und Fraktionsarbeit ab – betrachte, dann möchte ich eigentlich die Diskussion in fünf Punkten zusammenfassen.

Der erste: Als im Bundestag der Kanzler seine erste Regierungserklärung mit den lyrischen Teilen anfang, da riefen bei uns ihm sogar welche zu: „Poesie!“ Und als er dann das berühmte Zitat aus der Bibel brachte, auch wieder genau das, was ich in Siegen verwandt hatte, da gab es Gelächter und er hatte die Chance zu sagen, „Man wird doch einer christlichen Partei noch ein Bibel-Zitat sagen können“. Dieser Vorgang macht deutlicher als alle Untersuchungen, die uns hier vorliegen, daß wir die ideelle Komponente, unsere Ideale, unsere Grundsätze, unsere Ziele, unser Programm stärker betonen müssen. Das, glaube ich, ist übereinstimmende Auffassung hier bei

allen gewesen, sowohl in den Analysen wie Reden und ja auch des Stils dieser Debatte hier. Wobei ich eine ganz kleine Fußnote, Herr Schwarz-Schilling, gerne machen möchte, zu einer Formulierung. Ich weiß, was Sie meinen, aber diese Partei wird ein geistiges Zentrum, je nachdem, was man darunter versteht, wohl kaum je werden können. Das haben wir woanders. Aber daß sie ein Ort auch geistigerer Auseinandersetzung sein sollte, grundsätzlicherer Diskussion, das glaube ich gerne. Die Partei hat nachher aber mit sehr viel anderen Dingen zu tun. Ich sage dies deshalb, weil wir natürlich darauf achten müssen, daß wir bei aller Grundsatzdiskussion, die wir pflegen wollen und müssen – da ist Nachholbedarf, sonst hätte ich sie nicht vorgeschlagen – nicht vergessen dürfen, daß wir auch in der praktischen Politik uns jeden Tag in den Kommunen, in den Ländern und im Bund zu bewähren haben und daß wir neben der Grundsatzarbeit eben auch die Organisationsarbeit werden leisten müssen. Ich habe sehr wohl die offene Frage meines eigenen Landesvorsitzenden hinsichtlich der organisatorischen Konsequenzen im Ohr.

Der zweite Punkt, und das ist eigentlich ebenso erfreulich, das waren ja verschiedene Einlassungen. Manche waren geradezu avantgardistisch. Wenn ich mir überlege, wir hätten solche avantgardistischen, progressiven Einlassungen in Partei oder Fraktion vor zwei Jahren oder noch vor einem Jahr oder noch vor einem halben Jahr gehabt, dann hätte es in manchen Bereichen sicher leichter ausgesehen. Ich habe aus dieser Sache gelernt, daß wir die Volkspartei nicht so sehr begreifen dürfen dadurch, daß wir – ich überspitze wieder in der Formulierung – den kleinsten gemeinsamen Nenner der Gruppen suchen und nur das machen, was dann im Kompromißwege einstimmig möglich ist. Sondern ich glaube eigentlich, die nächste Stufe Volkspartei muß heißen, weniger Gruppenrücksicht, also nicht, was da sich addieren läßt, sondern was aus der Substanz richtig ist. Das ist dann noch ein bißchen zu applizieren aufgrund von Gruppenvorschlägen, aber das, glaube ich, sollte die zweite Etappe dieser Volkspartei sein. Und da sind wir ja doch in unserer Organisationsstruktur unserer politischen und gedanklichen Struktur vorweggeeilt. Dieser Vorstand, wie er hier sitzt, war ja eine Revolution in der Partei, als wir in Braunschweig die Satzung machten ohne Kooptation und geborene Mitglieder.²⁸ Eine Bundesvorstandssitzung früher hatte ungefähr 70 Mitglieder. Dann haben wir dies gemacht und dann hieß es, das schaffen wir eigentlich nicht, weil dann eine Gruppe nicht repräsentiert sein wird, eine konfessionelle, eine soziologische, eine altersmäßige Gruppe. Das haben wir also geschafft, d. h. hier regieren wir bereits im Organisatorischen mit dem Gesetz der Zahl. Wir müssen dazu kommen, auch den Mut zu haben, im Bereich der Inhalte mit dem Gesetz der Zahl zu regieren. Ich glaube, daß dies notwendig ist. Ohne Rücksichtslosigkeit, aber sonst werden wir keine Antworten finden.

Das dritte, was ich sagen möchte, schließt unmittelbar an beide Punkte an, die ich genannt habe. Wir wollen uns sicher mehr von unseren ordnungspolitischen Vorstellungen leiten lassen und das meint nicht nur da die Freiburger Schule, Ernst Müller-

28 Zu Diskussion über die Satzungsänderung vgl. CDU, 15. BUNDESPARTEITAG S. 61–109 sowie 148–176.

Hermann, da sind wir sicher einig. Mit Ordnungspolitik meinen wir mehr. Damit meinen wir auch den Staat und, wenn ich so sagen darf, mehr prinzipielle Radikalität aus unserer Substanz. Von daher dann einzelne Sachkonzeptionen herzuleiten, welche wir auf dem Parteitag schon zur Debatte oder gar zur Entscheidung stellen können, wird Gegenstand der Beratungen in der nächsten Sitzung sein, wenn wir das Arbeitsprogramm vorlegen. Ich fasse es als eine Pflicht auf, daß das Präsidium einmal versucht, aus den vielen Themen einige auszusuchen.

Das ist schon mein vierter Punkt, nämlich nicht multa, sondern multum. Wir sollten uns wirklich verständigen auf drei, vier, fünf Themen und an denen dann auch erbarmungslos festhalten, um uns – wie sagt man so schön – zu profilieren.

Und schließlich, fünftens und letztens. In der ganzen Methode nehme ich nur Bezug auf das, was ich am Beispiel der Sozialen Marktwirtschaft – Verteidigung hinten, Verteidigung vorne oder offensiv werden – gestern versucht habe darzutun. Wir müssen politisch und geistig in die Offensive kommen, wenn wir einen soliden und gesicherten Boden in einer Frage unter uns haben. Sonst wird dies nicht gutgehen. Und wir wollen uns auch den Begriff der „soliden Reformen“, der unser Begriff ist, den nun Brandt auch in seinem Vokabular hat, von ihm nicht stehlen lassen. Also auch in diesen Fragen des geistig und politisch Offensivwerdens nicht rumballern in der Luft, sondern diskutieren, einen Punkt finden. Erst wenn wir festen Grund und ein präzises, nachprüfbares, durchrechenbares Konzept haben, wollen wir damit auch offensiv werden.

Ich glaube, daß diese fünf Punkte sicherlich ziemlich allgemein sind. Aber sie bedeuten doch schon ein ganzes Stück – aus meiner Sicht wenigstens – Ansatz für mögliche Erneuerung. Diesem allgemeinen Teil wird man leichter zustimmen können als den Konsequenzen, die daraus zu ziehen sein werden. Aber darüber wollen wir dann auch unter uns ruhig heftig streiten in der Sache. Davon kann auch ruhig mal was öffentlich sichtbar werden, damit wir nicht als die Partei gelten, die nur Personalprobleme hat oder zu haben meint, sondern als die Partei, die ihre Energie der Lösung dieser Sachfragen zuwendet.

Das ist die kurze Zusammenfassung, die ich hier heute morgen geben wollte. Daß diese Debatte für uns alle sicher fruchtbar war und wir alle miteinander gelernt haben, ist klar. Das ist eine Ermütigung, so was wieder zu tun. Freilich nicht mehr mit dem Wort „Klausur“, weil das von den anderen als „Klausuritis“ der CDU/CSU bezeichnet wird. Aber wir müssen einfach Sitzungen machen, die halt eben einen Tag dauern, ohne daß wir da große Geschichten vorher ankündigen. Dann werden die Erwartungshorizonte zu groß. Zu häufige Klausuren verraten natürlich auch mangelnde Kursicherheit. Soweit diese Zusammenfassung. Ich würde gleich, damit das im Zusammenhang diskutiert werden kann wie gestern, den Generalsekretär bitten, uns doch hier das Kommuniké vielleicht vorzutragen.

Kraske: Bevor ich Ihnen das Kommuniké vortrage, muß ich zwei Vorfragen klären, denn die müssen in diesem Kommuniké berücksichtigt werden. Erstens, auf der Tagesordnung dieser Vorstandssitzung steht die Festlegung des Termins und des Orts für den nächsten Bundesparteitag. Die Debatte darüber war dadurch belastet, daß aus technischen Gründen in Hamburg nur ein sehr später Novembertermin allein zur Ver-

fügung zu stehen schien. Inzwischen, vor vier Tagen, ist erfreulicherweise ein Mitbewerber ausgeschieden, indem er seine Reservierung freigegeben hat für die Zeit vom 5. bis 10. Oktober. Diese Zeit ist nunmehr frei in Hamburg, der 7. Oktober ist ein Sonntag. Wir können nicht heute entscheiden, ob dieser Parteitag zwei oder drei Tage lang ist. Ich würde Ihnen einen Entschluß empfehlen, daß der Parteitag der CDU 1973 in der Zeit zwischen 7. und 10. Oktober in Hamburg stattfindet. Herr Vorsitzender, ich würde vorschlagen, daß wir zuerst diesen Beschluß fassen oder darüber diskutieren. (*Barzel*: Entspricht dem Beschluß des Präsidiums.) Der 6. ist ein Samstag, wir sollten den Sonntag für die Gremien freihalten und am Montag mit der Arbeit beginnen. Das entspricht einem Schema, das sich eigentlich doch jetzt ganz gut eingeführt hat.

Seiters: Man müßte berücksichtigen – aber das ließe sich vielleicht mit Herrn von Hassel noch klären –, daß dies nach der jetzigen Parlamentsplanung eine Parlamentswoche ist. (*Unruhe und Diskussion*.)

Barzel: Ja, aber das wird dann sofort geändert.

Kraske: Dann darf das als einstimmig beschlossen so gelten und in das Kommuniké aufgenommen werden. Zweiter Punkt: Ich habe Ihnen den zweiten Teil meines gestrigen Berichts vorgelegt in der Hoffnung, daß wir heute dazu kommen würden, diese zehn konkreten Punkte zu diskutieren. Das ist nicht möglich. Das muß in die nächste Vorstandssitzung miteingehen. Aber ich habe mit Freude festgestellt, daß es nur zu einem dieser Punkte eine Kontroverse gegeben hat, die aber, wie ich meine, in dem Punkt „Jugendpolitischer Ausschuß“ auch sofort ausgeräumt ist. Das wird Gesprächsgegenstand zwischen der Jungen Union und der Partei sein müssen. Da sich die übrigen Punkte mit wesentlichen Beiträgen dieser Debatte, zuletzt mit dem von Herrn von Hassel, decken, hoffe ich, daß wir in der nächsten Vorstandssitzung zu diesen zehn Punkten womöglich mit Erweiterungen und jedenfalls Vertiefungen, auf die ich selber auch im Vortrag dann noch Wert legen würde, rechnen können.

Jetzt ist nur meine Bitte und meine Anregung, da wir hier nicht als Bundesvorstand beschließen können, jedenfalls würde ich uns das nicht empfehlen. Wir haben bei der Wahl aus den und den und den Gründen nicht das gesteckte Ziel erreicht. Da wir außerdem in dieses Kommuniké nach dem Gang der Debatte keine großen politischen Programme aufnehmen wollen und können, würde ich Ihnen vorschlagen, daß wir acht konkrete Punkte aus diesem Katalog stichwortartig herausnehmen, die die Partei betreffen, die also auch nicht die Fraktionsklausur präjudizieren, damit wir der Öffentlichkeit und der Parteiöffentlichkeit sagen können, wir haben hier nicht nur analysiert und getrauert, sondern wir haben den Blick in die Zukunft gerichtet und Vorschläge dafür gemacht.

Darf ich nach dieser Vorbemerkung bitten, den Entwurf zu verteilen, und ihn wie folgt vorlesen? (*Zwischenruf*: Erst mal gucken! – *Zwischenruf*: Erst mal verteilen!) Jawoll! So, ich glaube, inzwischen hat jeder ein Exemplar.

„Unter dem Vorsitz von Dr. Rainer Barzel trat der Bundesvorstand der CDU am 27. und 28. Januar“ – ich würde korrigieren, nachdem, was der Vorsitzende mit Recht gesagt hat – „zu einer zweitägigen Sitzung zusammen. Die Sitzung wurde durch ein-

gehende Berichte des Vorsitzenden und des Generalsekretärs eingeleitet, die eine offene Darstellung der Lage der Union nach der verlorenen Wahl von 19. November gaben und die erforderlichen politischen und ...“ (*Unruhe und Diskussion. – Zwischenruf: „Verloren“ streichen! – Diskussion.*) Ich nehme das gerne auf, obwohl für das „verloren“ auch manches spricht, „und die erforderlichen politischen und organisatorischen Konsequenzen ankündigte. Auf der Grundlage dieser Berichte ergab sich eine außerordentlich intensive mehrstündige Debatte“ ... (*Zwischenruf: „Mehrstündig“ streichen! – Unruhe und Diskussion.*) Darf ich dann vielleicht doch das Ganze im ganzen erst vorlesen? „Eine außerordentlich intensive Debatte, in der in allen wesentlichen Punkten Übereinstimmung erzielt wurde. Der Vorstand nahm von den vom Vorsitzenden und vom Generalsekretär vorgeschlagenen Maßnahmen zustimmend Kenntnis. Sie werden Grundlage der Beratungen des Bundesausschusses am 12. Februar sein und außerdem allen Kreisparteien zur Diskussion und Stellungnahme zugeleitet werden. Dazu gehören u. a.: 1. eine im Rahmen der vom Parteivorsitzenden angekündigten Aktion verstärkte Aktivität der gesamten Führungsspitze an der Basis der Partei sowie im vopolitischen Raum. 2. Bildung eines jugendpolitischen Ausschusses. 3. eine systematische Mitgliederwerbung. 4. ein verstärktes Engagement aller Parteimitglieder im kommunalen und sozialen Bereich. 5. eine intensive Schulung aller Mitarbeiter. 6. eine Intensivierung, Ausweitung der publizistischen Arbeit der Partei. 7. eine Förderung von Kontaktgesprächen mit den verschiedenen Fach-, Berufs- und Bevölkerungsgruppen. 8. eine Verstärkung der Auslandsarbeit der CDU. Der Bundesvorstand beschloß, den Bundesparteitag 1973 zwischen dem 7. und 10. Oktober 1973 in Hamburg zu veranstalten. Der stellvertretende Bundesvorsitzende, Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl, kündigte an, daß er sich auf dem Parteitag erneut um das Amt des Parteivorsitzenden bewerben werde. Dr. Barzel hatte schon vor einiger Zeit bekanntgegeben, daß er weiterhin für den Parteivorsitz zur Verfügung stehe. Der Bundesvorstand verzichtete auf eine Personaldebatte und war sich darin einig, daß die kommenden Monate der Partei entscheidende Sachfragen stellen, deren klare und überzeugende Beantwortung keinesfalls durch die unerläßliche Personaldebatte verdrängt, überlagert oder ersetzt werden darf.“

Barzel: Ich darf zunächst mitteilen, daß der Kollege Kohl mit diesem Text einverstanden ist.

Stoltenberg: Es gibt ein paar redaktionelle Anmerkungen, die sind an sich unerheblich. Ich nehme das eine Stichwort hier auf, „verloren“ ist gestrichen. Ich würde diese Sache mit dem „zustimmend Kenntnis nehmen“ überprüfen, da sonst nicht zum Ausdruck kommt die Solidarität mit den Berichten. Für die bin ich sehr, weil das auch für das menschliche Erscheinungsbild der Union wichtig ist. Andererseits finde ich „zustimmend Kenntnis“ paßt mehr in eine Regierungserklärung oder ein förmliches Verfahren untereinander. Ich würde hier sagen: „Auf der Grundlage dieser Berichte wurde in allen wesentlichen Punkten Übereinstimmung erzielt“, und würde dann sagen, „die Berichte und die Ergebnisse der Debatte werden Grundlage der Beratungen“. Dann ist in gewisser Weise die Übereinstimmung mit den Berichten deutlich geworden. Man kann sie noch etwas deutlicher machen, nur ich bin nicht ganz für die Formel

„zustimmend Kenntnis“. Man muß das aktiver ausdrücken und sagen: „Die Debatte erbrachte Übereinstimmung in den Berichten“ oder etwas Ähnliches. Das ist aber nur eine technische, redaktionelle Frage, keine materielle. Zum Schluß würde ich nicht sagen, die drei Punkte „verdrängt, überlagert oder ersetzt“, ich würde sagen „überlagert und ersetzt“, also drei ist ein bißchen viel. (*Barzel*: Bißchen viel, ja. – *Kraske*: Ich bin immer für eine Trias, aber ...)

Nun kommt es mir aber auf eine Sache an, die wichtiger ist. Dies ist sehr gut, dies wird aber nicht ganz den Erwartungen entsprechen, vor allem der aktiven und verantwortlichen Mitglieder der Gremien in den Landeskreisvorständen an diese Tagung, ich denke gar nicht an die Journalisten. Herr Kraske, so schwer es jetzt für Sie und uns ist, den Ertrag einer so weit gespannten Debatte – wie ich glaube insgesamt guten Debatte –, die aber natürlich von den philosophischen Grundlagenerörterungen bis zu den profanen Dingen der Organisation der Geschäftsstelle, Jugendreferat usw. reichte, in eine Fassung zu bringen und so sehr wir auch den Gesichtspunkt unseres Vorsitzenden hier berücksichtigen wollen, daß wir hier nicht anderen Gremien vorgreifen können, wir müssen ein Stück weitergehen und können das auch tun nach der Debatte, die wir geführt haben in der Frage der Vorbereitung des Parteitages, der Weiterführung unserer Arbeit. Rainer Barzel hat in seinem Resümee das noch einmal hervorgehoben als den Punkt der Übereinstimmung, den ich teile. Wir sollten deutlich machen, daß wir die Absicht haben in der Weiterentwicklung oder der Konkretisierung unseres Programms an den Punkten, in denen sich neue Aufgaben für uns stellen und in denen wir selbst diese Notwendigkeit erkennen, nicht in den nächsten Wochen, Entwürfe zu formulieren, die geeignet sind, eine breite Diskussion in der Partei einzuleiten mit einer Beschlußfassung im Herbst.

Ich bin mir darüber im klaren, daß wir heute das noch nicht nennen können, der Katalog bedarf einer sorgfältigen Überlegung aufgrund von Gesichtspunkten, die ja auch von unserem Vorsitzenden vorgetragen sind. Weil es natürlich auch Dinge geben kann – und das ist gestern in einer Zwischenbemerkung zu Müller-Hermann auch gesagt worden –, wo der zu große Ehrgeiz, schwierige Dinge unter uns hier schnell jetzt weiterzubringen, nicht zu einer Förderung, sondern unter Umständen zu einer neuen Belastung führen kann. Auch weil noch von Belastungen früherer Entscheidungen hier die Rede war. Wir wissen ja gar nicht, wie die Konstellationen und die Integrationskraft in der Mitbestimmungsfrage in wenigen Monaten sind. Das kann ein zweites Düsseldorf werden, vielleicht mit einer anderen Konstellation. Das heißt, wir müssen hier unterscheiden zwischen den Dingen, die wir uns bis zum Herbst vornehmen können, es sind Beispiele genannt, in denen wir relativ weit sind. Ich rechne das Bodenrecht dazu, ich rechne dazu berufliche Bildung. Der Katalog kann jetzt nicht genannt werden. Aber die Absicht, dies zu tun und die Punkte zu formulieren in den nächsten Wochen als Aufgabe für Präsidium und Vorstand muß deutlich werden. Die Tatsache, daß wir selbst der Partei diese Aufgabe stellen, halte ich für notwendig. Ich würde auch, lieber Herr Kraske, sagen – obwohl wir da nicht so sehr weit gekommen sind wie in dem ersten Punkt –, daß es vielleicht doch richtig wäre, daß der Bundesvorstand, der Vorsitzende und Generalsekretär gewillt sind, die wirksamere Reorganisa-

tion unsere Stäbe – das ist jetzt meine Sprache – und damit unserer ganzen Parteistruktur, unserer Parteiorganisation auf der Bundesorganisation im Lichte der Erfahrungen neu zu diskutieren und hier zu Ergebnissen zu kommen.

Zweiter Punkt, in dem sich Erwartungen an uns richten. Manches, sagt Rainer Barzel, wäre vor einem Jahr noch nicht möglich gewesen. Anderes, wie die optimale Reorganisation unserer Partei, Kontakte zu den sozialen Gruppen, um auch die drei berühmten Stichworte zu nennen, die wir heute auch z.T. zu Recht in den Zeitungen finden, Frauen, Arbeitnehmer und Junge Union, haben wir schon 1969 gesagt und gewollt. Wir wissen genau, daß diese ganzen richtigen Überschriften natürlich nur die Chance der Realisierung haben, wenn sich Konsequenzen für unsere eigene Organisation daraus ergeben. Deswegen glaube ich, daß wegen der Wirkung auf die Partei auch dieser zweite Punkt wichtig wäre, er kann natürlich nur in einer behutsamen Formulierung – wenn überhaupt – angesprochen werden. Das sind die beiden Punkte, an denen ich eine aktuelle Ergänzung vorschlage.

Barzel: Eine Sekunde! Ich hatte versucht, eine Zusammenfassung zu geben. Und das natürlich auch zu dem Zwecke, was sage ich nun also draußen und was berichte ich eigentlich der Fraktion und weiß ich sonst wo und was schreibe ich den hier nicht anwesenden Freunden, Herrn Filbinger usw. Ich denke, wir haben noch eine Pressekonferenz, da werde ich natürlich auch anfangs etwas zu sagen haben und nicht das Kommuniqué vorlesen. Da würde ich also sagen, wir haben einige Punkte Ihnen gleich mitzuteilen; an einigen Stellen ist das noch nicht konkret, weil wir noch diese Sitzungen haben und erst dann ein Arbeitsprogramm vorlegen, so wie ich das hier vorgetragen habe. Dann würde ich zu unserer Politik sagen – nicht so ausführlich und auch nicht so deutlich –, um den Erwartungshorizont etwas hochzuhalten, weiter sind wir hier nicht. Ich würde sagen, wir werden unsere Ideale, unsere Ziele, unsere Grundsätze stärker betonen. Die Grundsatzkommission wird ihre Arbeit fortsetzen und auf dem kommenden Parteitag erneut berichten. Ich lasse das mal offen, ob das dann ein Zwischenbericht oder zu einzelnen Punkten ein Endbericht ist. Wir werden Volkspartei immer mehr begreifen als die Chance, eine Politik zu entwerfen ohne falsche Rücksicht auf Interessen oder Gruppen. Das hört sich sehr gut an. Wir werden aus unseren ordnungspolitischen Vorstellungen mit prinzipieller Radikalität aus der Substanz zu einzelnen Sachbereichen Arbeitsgruppen einsetzen, die Konzepte zur Entscheidung vorlegen sollen. Der Themenkatalog wird später mitgeteilt werden können. Heute nenne ich „Berufliche Bildung“, „Eigentumsstreuung“, „Bodenrecht“. Das sind drei Punkte, denen hat hier keiner widersprochen. Und dann werde ich sagen, wir werden die Arbeit der Partei und der Fraktion auf Schwerpunkte konzentrieren und entsprechend dieser politischen Planung auch im organisatorischen Bereich Konsequenzen ziehen. Das ist selbstverständlich.

Blüm: Wir waren uns darüber einig, daß die Erwartungen an diese Klausurtagung sehr hoch sind. Wir haben damit drei Monate gewartet, dadurch sind die Erwartungen so hoch. Das ist Chance und Risiko. Das Risiko, daß die Leute enttäuscht sind, und die Chance, daß wir eine einmalige Aufmerksamkeit haben, sowohl bei unseren Parteimitgliedern als auch bei der Öffentlichkeit. Und diese Aufmerksamkeit, meine ich, könn-

ten wir nicht dadurch beantworten, daß wir achtmal sagen, seid fleißiger. Die Antwort dieses Kommuniqués heißt Betriebsamkeit. Ich meine, wir müßten in diesem Kommuniqué von diesem Vorstand auch etwas Inhaltliches sagen. Da genügt es nicht, daß der Vorsitzende die Sachbereiche erläuternd und interpretierend darstellt, sondern dieser Vorstand muß ein paar Punkte nennen, wo unsere Entschlossenheit auch zu Sachpunkten klarer wird. Ich zähle dazu auch Bodenrecht, berufliche Bildung, Eigentum, Mitbestimmung und die ordnungspolitischen Fragen. Das muß nicht umschrieben werden, sondern konkret in dieses Kommuniqué.

Barzel: Zur Geschäftsordnung Herr Katzer.

Katzer: Ich hatte genau den gleichen Ansatz. Ich würde nur fragen, kann man denn nicht das, was der Vorsitzende als seine Erklärung hier gebracht hat, (*Zwischenruf:* Das ist doch nicht zur Geschäftsordnung!) jetzt nicht abschreiben lassen und das als Inhalt unserer Publikation mitaufnehmen. Das ist doch dann der Erwartungshorizont, den wir machen können. Nicht mit so einem Papierchen, sondern diese Dinge voranstellen, das andere kann man hinterher erläutern. (*Unruhe und Diskussion.*)

Von Weizsäcker: Zwei Punkte, der erste ist jetzt von den beiden letzten Wortmeldungen schon präzisiert worden. Bei allem Verständnis für das Bedürfnis der Partei, wie auch der Parteiführung, diese acht Punkte zu nennen, sie stehen an dritter und nicht an erster Stelle. An erster Stelle steht die inhaltliche Auseinandersetzung, an zweiter Stelle steht die politische Schwerpunktbenennung, soweit wir es eben können. Ich finde, die fünf Punkte von Herrn Blüm kann man so nennen. An dritter Stelle – aber erst an dritter Stelle! – stehen dann die Maßnahmen zur Aktivierung. Und innerhalb dieser Aktivierungspunkte steht bei mir Punkt 1 nicht an erster Stelle, aber das ist eine untergeordnete Frage. Das war mein erster Punkt.

Mein zweiter Punkt ist mehr eine konkrete Sachfrage, die sich auf den letzten Absatz bezieht. Ich würde nicht davon sprechen, „der Bundesvorstand verzichtete auf eine Personaldebatte“, sondern ich würde eher sagen, „der Bundesvorstand war sich darin einig, daß die kommenden Monate der Partei entscheidende Sachfragen stellen. Die Personaldebatte tritt nicht an ihre Stelle, sondern wird sich aus ihr ergeben.“

Barzel: Das gibt natürlich alle Spekulationen. Weil dann ganz klar ist, das, was Helmut Kohl oder ich in den nächsten acht Monaten zu irgendeinem Sachbereich sagen, gilt dann als eine verstärkte Punktesammlung für die personelle Entscheidung. (*Unruhe und Diskussion.*)

Von Weizsäcker: Den Einwand erkenne ich natürlich an, obwohl ich nicht glaube, daß sich das ganz eliminieren läßt. Aber ich finde nicht, daß man sagen kann, wir verzichteten auf die Personaldebatte. Sondern wir müssen anfangen mit dem Positiven und sagen, daß die entscheidenden Sachfragen sich jetzt stellen. Das haben wir doch auch alle gesagt. (*Diskussion.* – *Barzel:* Darf ich mal sehen, wie das dann heißt, wenn der Verzicht wekommt?) „War sich darin einig, daß“. (*Zwischenruf:* Dann so stehen lassen! – *Diskussion.*)

Barzel: Nein, das ist natürlich die Frage, die die Öffentlichkeit doch interessiert. Nachdem Herr Kohl und ich eine Erklärung abgegeben haben, hat Herr Köppler das Wort genommen und gesagt, „Also, nun wollen wir aber jetzt darüber nicht disku-

tieren“. Dann gab es andere Diskussionsbeiträge, die haben nur gesagt, hier steht ein Sachproblem und nicht nur ein Personalproblem zur Debatte, nämlich wie man am besten Führung organisiert. Weiter ist es doch hier nicht gegangen. Und wir haben ausdrücklich gesagt, wir verzichten jetzt auf die Personaldebatte. (Von Weizsäcker: Dann sagen wir „Er führte keine Personaldebatte“, aber nicht, „Er verzichtete“. – *Zwischenruf*: Das kann man machen.) Damit bin ich einverstanden.

Kohl: Ich bin sehr damit einverstanden, daß man das „verzichtete“ ersetzt. Das ist vielleicht nicht ganz glücklich und könnte mißverständlich interpretiert werden. (*Diskussion*.)

Barzel: Das eine ist eine Feststellung, das andere ist ein Willensakt. Das, was hier passiert ist, war ein Willensakt. (*Unruhe und Diskussion*.)

Lorenz: Das meiste ist schon gesagt worden. Ich bin also auch der Auffassung, daß die Einführung oder die Zusammenfassung des Vorsitzenden im wesentlichen hier an den Anfang in diese Resolution hereingenommen werden sollte. Ich bin auch der Meinung, es muß der Partei gegenüber deutlich werden, daß das nun die Meinung des gesamten Vorstandes ist und nicht nur des Vorsitzenden. Vielleicht sollte man noch eine Andeutung machen, daß wir mit dieser Sitzung begonnen haben, von unseren geistigen Grundlagen ausgehend die Neuformulierung unserer Prinzipien anzugehen. Im Grunde genommen ist es das, was die Grundsatzkommission ja bereits zu einem Teil gemacht hat und was wir noch fortführen müssen. Aber ich gebe zu, daß es schwer zu formulieren ist. Auf jeden Fall muß aber aus dem gesamten Duktus des Kommunikés deutlich werden, daß wir uns mit solchen Grundsatzfragen beschäftigt haben und nicht nur, daß wir uns mit der Frage beschäftigt haben, was für praktische Maßnahmen, organisatorische Maßnahmen und so weiter wir in Zukunft beabsichtigen.

Dregger: Ich möchte ebenfalls, daß hier ein Satz erweitert wird, inhaltlich. Die fünf Punkte des Vorsitzenden scheinen mir durchaus geeignet zu sein für eine Aufnahme. Ich wäre im übrigen dankbar dafür, wenn solche Zusammenfassungen auch für unsere Kenntnisnahme festgehalten würden. Das ist ja nicht nur für Sie interessant, sondern für uns alle, welches Ergebnis unsere Diskussionen gehabt haben (*Barzel*: Verzeihen Sie, daß ich Ihnen ins Wort falle, Herr Dregger. Das sind meine Notizen. Ich kann mich nach dem letzten Diskussionsbeitrag hinsetzen und die Diskussion zusammenfassen.) Später, ich meine als Unterlage für unsere Beratungen, die wir fortsetzen wollen, dann haben wir uns mißverstanden. (*Barzel*: Entschuldigung, dann haben wir uns wirklich mißverstanden, aber eine Zusammenfassung einer Diskussion ist immer freihändig.) Ich hätte nur gerne, daß wir das für uns alle festhalten, damit wir nachher die Diskussion fortsetzen können. Ich wäre aber auch dafür, unser Kommuniké auszuweiten, wie es auch Herr von Weizsäcker vorgeschlagen hat. Ich meine, daß einige Ihrer Punkte zumindest geeignet wären, darin aufgenommen zu werden.

Zweitens, ich bedaure eigentlich, daß über das Papier Schwarz-Schilling/Langguth hier nicht mehr diskutiert worden ist. Ich nehme an, wir haben es alle gelesen. Ich möchte die Frage stellen, ob wir es nicht wenigstens aufnehmen können als einen der Berichte, über den wir diskutiert haben oder ob wir es sogar im Grundsatz billigen könnten. Das sieht hier etwas sehr formal aus. Wir haben Berichte des Vorsitzenden,

des Generalsekretärs erhalten, dann haben wir heftig diskutiert und dann haben wir zustimmend Kenntnis genommen. Das macht also keinen sehr überzeugenden Eindruck auf die allgemeine Öffentlichkeit. Ich bäte also darum, doch zu erwägen, dieses Papier Schwarz-Schilling/Langguth aufzunehmen.

Und ein drittes, die Sprache ist so wichtig. Ich meine jetzt nicht dieses Papier. Ich möchte mir trotzdem erlauben, auf den ersten Entwurf zurückzugehen. Das steht auf Seite 2 unten: „Die systematische Veränderung des Images der CDU insbesondere im Hinblick auf eine moderne Volkspartei“. Ich würde sagen „die systematische Verdeutlichung“. Wir sind die Volkspartei, und wir müssen allenfalls unser Image verdeutlichen, aber nicht verändern. Ein zweites Beispiel. Auf Seite 15, „Politische Strategie“, Herr Kraske, „Auch die Einsicht, daß ein langfristiger Trend eher den Grundlinien der Regierungspolitik als den Prinzipien der Union zu entsprechen scheint“. Die anderen singen: „Mit uns zieht die neue Zeit“²⁹. Wir sollten sehr vorsichtig sein mit der Behauptung, daß der Zeitgeist gegen uns stünde. Wenn das wirklich so wäre, würden wir ja keine Chancen haben. Das ist allenfalls ein augenblicklicher Modetrend, der gegen uns zu sprechen scheint. Aber im Grunde sind wir doch die Zukunft. Wir sollten in solchen Darstellungen nach außen sehr vorsichtig sein, weil es sehr defätistisch wirkt.

Barzel: Dies, glaube ich, hat der Herr Generalsekretär auf den Tisch gelegt, um für den jetzigen Augenblick die Diskussion zu erleichtern. Der Text ist ja doch etwas anders.

Schwarz-Schilling: Wir sind uns ja alle einig gewesen, daß wir die Diskussion draußen möglichst auf die Grundsätze führen sollten und nicht auf Personalfragen. Und insoweit möchte ich anmerken, daß in dem Kommuniké die Grundsatzdiskussion überhaupt nicht zum Ausdruck gekommen ist und daß das also entsprechend erweitert werden muß. Ich möchte mich also dem anschließen, was Herr von Weizsäcker und Herr Dregger gesagt haben.

Zum zweiten: Ich möchte auch sagen, daß es eigentlich sicherlich kein Fehler wäre, wenn diese Diskussion eine gewisse Richtung bekäme, nämlich auf die Grundwerte und nicht auf die schon konkreten politischen Fragen. Dann würde man nämlich wieder Positionen festlegen, die uns im späteren Parteitag zu sehr schwierigen Fragen führen könnten. Ich bin der Auffassung, daß die Grundwertediskussion vor den konkreten politischen Festlegungen liegen muß. Wenn hierzu nicht irgend etwas gesagt wird, wir nun also wieder darüber anfangen unter Umständen an dem Berliner Programm, dann müßte man das hier und dort ändern und ähnliches mehr, ohne daß diese Sonde, die wir uns erst schaffen müssen, überhaupt formuliert ist. Nur aus diesem Grunde möchte ich sagen, daß das Papier, was ich mit Herrn Langguth zusammen gemacht habe und was sich jetzt vielleicht ganz gut so liest – was uns sehr viel Arbeit gemacht hat – sicherlich in diese Grundrichtung hinzieht, in die sich die Diskussion bewegen sollte. Ob man dem jetzt voll zustimmt oder nicht, das scheint ja hier völlig dahingestellt. Nur ich würde es bedauern, wenn das jetzt total unterginge. Wir haben

29 Vers aus dem 1916 entstandenen Arbeiterlied „Wann wir schreiten Seit' an Seit'“ von Hermann Claudius (1878–1980).

es präsentiert, wir haben es Ihnen rechtzeitig zugesagt, wir haben uns diese Arbeit gemacht, und wir halten es dann auch für angebracht, daß dazu irgendwo hier bei dieser Tagung Stellung bezogen wird, ob es in die Unterlagen aufgenommen wird, ob es mit versandt wird zur Stellungnahme oder ähnliches.

Barzel: Das ist eine praktische Frage, Herr Schwarz-Schilling. Ich habe in meinem Bericht gesagt, gestern schon, daß ich diesem Papier zustimme, wie Sie sich erinnern. Da ist also für mich im Inhalt überhaupt keine Schwierigkeit. Nur, wenn Sie hier mit Zustimmung an einer Stelle kommen, dann kommt die zustimmende Kenntnisnahme bei Generalsekretär und bei dem Vorsitzenden. Ich habe absichtlich nicht, und ich nehme an, Franz Amrehn hat dies wohlwollend bemerkt, nicht irgendeine Formulierung gebracht, „Der Bericht wird gebilligt“. Das kann man ja gar nicht, weil er ja selbst auch oft nur Fragen stellt. Wie soll man die Fragestellung billigen? Auf der anderen Seite muß natürlich eine positive Aufnahme dieser Berichte, weil es ja so war, vermerkt werden. Ich könnte mir deshalb vorstellen, daß wir diesen Bericht von den beiden Kollegen den Mitgliedern des Bundesparteiausschusses übersenden zur Vorbereitung der Diskussion am 12. Februar. Das würde ich sehr gerne sehen. Aber ich weiß nicht, ob das ins Kommuniqué kommt, denn dann haben wir nachher die Schwierigkeit mit den anderen Berichten. Dann heißt die erste Frage sofort: Was war mit dem Bericht von Kraske? (*Diskussion.* – *Zwischenruf:* Das kann man doch beifügen. Können wir das denn nicht beifügen?)

Schwarz-Schilling: Wir haben ja eine korrigierte Fassung, korrigiert nur in einzelnen Ausdrücken. Zum Beispiel haben wir die Parteihochschule weggenommen aufgrund uns einleuchtender Argumente. Wir haben also davon geschrieben, „Einrichtung und Ausbau von Akademien der Partei“, weil man etwas mehr dann hinterher interpretiert, weil es doch, sagen wir mal von der nationalsozialistischen Zeit in einen gewissen Klang kommen könnte, den wir ja nicht haben.

Barzel: Aber wenn wir das dem Bundesparteiausschuß schicken ... (*Zwischenruf:* Ja, finde ich auch richtig. – *Zwischenruf:* Ja, aber dann sollten Sie das wenigstens irgendwo in der Pressekonferenz vermerken, damit diese Grundsatzdiskussion als solche auch in Erscheinung tritt. – *Diskussion.*) Stellen wir uns mal vor, was die Schlagzeile dann ist. (*Zwischenruf:* Die CDU hat die geistige Führung verloren! So was.)

Gradl: Ich würde vorschlagen, jetzt die acht Punkte noch mal ein bißchen durchzusehen, ob man nicht auf den einen oder anderen verzichten kann. (*Unruhe.*) Wenn wir also unsere Mitarbeiter schulen, ist das zwar wichtig. Das kann man ihnen sagen in einer Parteimitteilung, aber für die Öffentlichkeit ist das gleichgültig, es gibt vielleicht auch anderes, was dahin gehört. Viel wichtiger ist, daß wir am Schluß, in dem letzten Absatz, etwas dazu sagen, daß wir die Herausforderung der modernen Gesellschaft und Technik kapiert haben und daß wir uns ihr stellen werden, daß wir die bereits geleistete Arbeit der Grundsatzkommission hoch bewerten, daß sie intensiviert, fortgesetzt werden muß, daß wir uns von ihr mancherlei versprechen.

Dann, Herr Vorsitzender, denn dies ist das eigentliche Problem, haben Sie Stoff genug, zusätzlich zu sagen, worum es geht. Denn Beispiele kann man liefern. Zum Beispiel würde ich dringend empfehlen, daß dieser Vorstand sich darüber klar war,

daß die Partei ihr Grundverhältnis zu den Organisationen der Arbeitnehmerschaft überprüfen muß. Dies ist so etwas. Ob da alle nun zustimmen, weiß ich nicht. Aber dies würde einmal einen Schwerpunkt setzen, der nicht nur Aufsehen erregt, was auch nicht schlecht wäre, sondern der zeigt, in welche Richtung hinaus wir denken.

Barzel: Das würde ich auf gar keinen Fall tun.

Kraske: Meine Damen und Herren, ich glaube die bisherige Debatte zeigt, was der Hintergrund, übrigens gar nicht meiner eigenen Überlegungen, sondern das Ergebnis eines Gespräches mit vielen in diesem Kreise und im Präsidium, war. Diese Debatte ist nicht abgeschlossen. Wenn wir jetzt in 20 Minuten zu formulierten Ergebnissen in den Grundsatz- und Sachfragen kommen wollen, dann sage ich Ihnen aus meiner Erfahrung, daß wir das nicht schaffen werden. Deswegen war die Vorstellung, die dieser Sache zugrunde liegt, daß wir uns in dem Kommuniké auf wenige Sätze beschränken, und zwar liegt der Schwerpunkt auf dem, was wir sagen müssen, nämlich den letzten beiden Absätzen. Dies wird ergänzt durch einen Bericht des Vorsitzenden vor der Presse, zu dem er als Vorsitzender nach einer Sitzung verpflichtet ist. Bitte sehen Sie dieses mit dieser Punktation von 1 bis 8, zu der ich gleich etwas sage, als eine Ergänzung dieses Berichtes an.

1. Ich lasse mich davon überzeugen, wenn dieses der einzige schriftliche Bericht ist, daß das einen falschen Eindruck gibt und daß man das deswegen nicht da reinschreiben sollte. 2. Man sollte es erst recht dann nicht reinschreiben, wenn wir aus der Zusammenfassung des Vorsitzenden die drei oder vier Stichpunkte, die hier aufgenommen worden sind, an den Anfang stellen. Aber dann würde ich gar nicht nur aus den Punkten 1 bis 8 etwas streichen oder zusammenfassen, sondern diesen Teil völlig rausnehmen und mich darauf beschränken, daß diese Diskussion im Bundesausschuß und mit den Kreisverbänden fortgesetzt wird. Wenn Fragen kommen, Worum geht es denn da?, kann der Generalsekretär auf einzelne Punkte verweisen, die hier in der Debatte sind.

Echternach: Ich meine auch, daß wir einmal aus dem Kommuniké-Entwurf den Passus „zustimmend Kenntnis“ rausnehmen sollten, so oder so. Denn wir haben über die Berichte im einzelnen hier gar nicht debattiert. Die waren für uns interessant, aber wenn man die Berichte jetzt im einzelnen durchgeht, wenn sie so stark in den Mittelpunkt gerückt werden, daß sie jetzt auch die Grundlage der weiteren Beratungen sein sollen, dann kann man hier den Bundesvorstand nicht automatisch mit in die Verantwortung nehmen. Herr Dregger hat schon auf ein, zwei Passagen hingewiesen, die über den kleinen Ausschnitt des Berichtes von Dr. Kraske problematisch sind und mit dem wir uns hier nicht automatisch identifizieren können. Ich meine zum anderen, daß mit Recht die Frage der weiteren Arbeit der Grundsatzkommission aufgeworfen ist. Ich weiß nicht – Herr Dr. Barzel, es solle wieder berichtet werden auf dem nächsten Parteitag, d. h., es wird eine zweite Grundsatzrede gehalten –, ob wir nicht zu einer Beschlußfassung kommen müssen, daß wir uns darauf verständigen können, daß dieses bis zum Sommer vorgelegt, in der Partei beraten und auf dem Parteitag beschlossen werden soll, um zu einer gemeinsamen Basis zu kommen, die auch dann in einer Beschlußfassung gipfelt und eben nicht nur in jeweils umformulierten Soloreden von Herrn von Weizsäcker.

Barzel: Ja, dies könnte sein, das war Ihre Anregung, die Sie jetzt gern durchsetzen wollen, Herr Echternach, und das versteht jeder. Aber, ob wir das schaffen, wissen wir nicht. Ich habe mit Herrn von Weizsäcker mich ausgiebig unterhalten. Und wenn Sie sich an meinen Bericht erinnern, habe ich die Aufgabenstellung der Grundsatzkommission sehr sorgfältig formuliert. Damit kann ein Schlußbericht, wenn der Auftrag so gegeben wird, wie ich ihn hier formuliert habe, unmöglich bis zum Sommer erstellt sein. Sie hätten gerne so eine Art Grundsatzklärung. Es kann ja sein, daß wir das schaffen und am 19. Februar in unserem Arbeitsprogramm festhalten. Wir haben das heute nicht weit genug diskutiert, das räume ich Ihnen ein. Ich hatte deshalb nur gesagt, die Grundsatzkommission wird ihre Arbeit fortsetzen und auf dem kommenden Parteitag erneut berichten. Das ist genau das, was jetzt klar ist. Alles, was weitergehend ist, ist nicht erörtert, nicht diskutiert und deshalb nicht beschlußfähig, fürchte ich. (*Diskussion.*)

Von Weizsäcker: Darf ich dazu noch sagen, wir haben uns – der Parteivorsitzende mit mir – darüber unterhalten über eine Anregung, die der Parteivorsitzende zu bedenken gegeben hatte mehr im Sinne Ihrer Anregung, nämlich den Abschlußbericht auch öffentlich zu machen. Ich habe dazu gesagt, ich könnte nach dem Stand unseres Verständnisses, unserer weiteren Arbeit in der Grundsatzkommission eine solche Zusage gar nicht übernehmen. Wir haben im Gegenteil die Vorstellung, daß wir in bezug auf sehr wichtige Grundsatzfragen viel länger Zeit brauchen. Wenn ein Bericht gewünscht wird, dann werden wir uns diesem Wunsch natürlich sofort stellen und sehen, was wir damit machen können. In einer anderen Phase der Diskussion haben Sie mal gesagt, wir sollten zum Thema – Sie haben nicht „Basisarbeit“ gesagt, aber es ging in diese Richtung – etwas Prinzipielles konkretisieren und das vorlegen. Also, das ist gewissermaßen ein Einzelauftrag. Dem ließe sich eher entsprechen. Aber eine formulierte Abschlußvorlage des Grundsatzberichtes im Sommer vorzulegen, mit zweimonatiger Diskussion und dann Beschlußfassung, ist etwas, was nach dem Verständnis der langfristigen Anlaufzeit und der Konsequenzen unserer Arbeit von uns nicht geleistet werden können, wenn es wirklich etwas Vernünftiges sein soll. Die Stimmung in der Grundsatzkommission war nicht nur, nicht hier mit einem Abschlußbericht aufzutreten, sondern auch gar nicht unbedingt überhaupt aufzutreten. Die Beschäftigung mit den Grundsatzfragen soll deswegen nicht an Intensität leiden, sondern eher zunehmen.

Barzel: Wir wollen uns ja das Leben nicht so schwer machen. Strittig ist das mit der zustimmenden Kenntnisnahme, das, was der Wahrheit entspricht, das ist eine positive Aufnahme und das ist auch nicht so bürokratisch formuliert. Was ich zu unserer Politik zu sagen die Absicht habe – also außer dem Verfahrenspunkt und den Themen usw., was da noch kommt –, das will ich nicht wiederholen, sondern unsere Ideale, Ziele und Grundsätze stärker betonen. Die Grundsatzkommission wird ihre Arbeit fortsetzen und auf dem kommenden Parteitag erneut berichten. Wir werden „Volkspartei“ immer mehr begreifen als die Chance, eine Politik zu entwerfen ohne falsche Rücksicht auf Interessen und Gruppen. Wir werden aus unseren ordnungspolitischen Vorstellungen mit prinzipieller Radikalität aus unserer Substanz zu einzelnen Sachbereichen

Arbeitsgruppen einsetzen, die Konzepte zur Diskussion in der Partei uns zur Entscheidung vorlegen sollen. Der Themenkatalog wird später mitgeteilt werden, heute nenne ich „Berufliche Bildung“, „Eigentumsstreuung“ und „Bodenrecht“. (*Zwischenruf*) Mitbestimmung möchte ich nicht nennen. Das gibt dann nur die Schlagzeile, „CDU nimmt Mitbestimmungsdiskussion wieder auf“, und dann sind wir in der Diskussion, bevor wir eine Antwort auch nur erahnen, dann kriegen wir die Enden nie mehr zusammen. Dann heißt es, die Diskussion ist frei, und dann fängt der eine an, „Ich bin hier für Parität“, und der andere sagt, „Ich bin für Riemer, ich bin für Maihofer³⁰“, was soll das alles? Horn³¹ haben wir eigentlich, Sozialausschüsse, Königswinter. Wer kriegt die Enden zusammen? Ich bin auch für Richtungsstreit in solchen Sachfragen. Aber bitte nach Diskussion und nicht vor Diskussion, denn dann kriegen wir die Enden nicht mehr zusammen.

Der Schlußsatz heißt dann: „Wir werden die Arbeit der Partei und der Fraktion auf Schwerpunkte konzentrieren und die Organisationsfragen in der Partei und der Fraktion entsprechend lösen“. Der Gang dieser Debatte, vor allen Dingen der Schluß, macht deutlich, daß hier organisatorische Konsequenzen zu ziehen sind. (*Unruhe und Diskussion.*)

Stoltenberg: Ich schlage vor, daß wir, da wir jetzt kein Redaktionskomitee hier bilden können und nur wieder in Sachdebatten hineinkommen, wir in Aussicht nehmen, auf der Basis dieser Zusammenfassung und des ersten Entwurfs, daß drei oder vier von uns gemeinsam mit dem Vorsitzenden und dem Generalsekretär noch einmal versuchen, einiges davon in ein Kommuniké hineinzubringen, das neu gefaßt werden muß. Das ist in der Form dann, die der Vorsitzende hier beschrieben hat und von ihm präsentiert wird. Denn sonst reduzieren wir das Ganze natürlich auf den mündlichen Bericht, dem ich inhaltlich zustimmen würde, mit ein, zwei Anmerkungen vielleicht. Das ist vielleicht auch dann nicht ganz glücklich.

Ein Punkt zum Inhaltlichen ist für mich, daß klar werden muß, daß wir, was Sie mit Kommissionen gemeint haben, Rainer Barzel, bestimmte Dinge, die wir nicht heute abschließend bestimmen können, definieren können, auch in der Partei zur Diskussion und Meinungsbildung bis zum Herbst stellen. Wir müssen die Aufgaben stellen. Nicht heute, aber wir müssen das heute ankündigen, damit wir im Parteitag ein Stück demokratischer Willensbildung haben. Hier wird nur von Kommissionen geredet. Das Ergebnis der Kommission muß sozusagen der Partei zur Diskussion gestellt werden, wie wir es früher mit Gesetzesvorgaben gemacht haben.

Barzel: Darf ich mal versuchen, hier einfach was ins Blaue vorzulesen: „Unter dem Vorsitz von ... trat der Bundesvorstand zu einer Tagung zusammen“. Klausur wollten wir streichen? „Die Sitzung wurde durch eingehende Berichte des Vorsitzenden und des Generalsekretärs eingeleitet, die eine offene Darstellung der Lage der Union nach

30 Dr. Werner Maihofer (1918–2009), Jurist; 1955–1969 Professor an der Universität Saarbrücken, 1972–1980 MdB (FDP), 1972–1974 Bundesminister für besondere Aufgaben. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1296 Anm. 14.

31 Zum Modell „Horn“ vgl. Nr. 7 Anm. 67.

der Wahl von 19. November gaben. Sie wurden positiv aufgenommen und führten zu einer außerordentlichen intensiven, vielstündigen Grundsatzdebatte, in der in allen wesentlichen Punkten Übereinstimmung erzielt wurde. Sie werden Grundlage der Beratungen des Bundesausschuß am 12. Februar sein und außerdem allen Kreisparteien zur Diskussion und Stellungnahme zugeleitet werden.“ Zu unserer künftigen Politik kommt also hier diese Passage.

Dann ist die Frage, ob wir hier das weglassen, „Der Bundesvorstand beschloß“, die Sache mit Hamburg und die Sache mit der Personaldebatte. (*Diskussion.* – *Stoltenberg*: Die Leute wollen doch wissen, was geschieht in Hamburg eigentlich außer der Personalfrage? Ich will nicht insistieren, aber ich halte das für wichtig.) Ja das ist sehr gut. Was haben wir? „Der Bundesvorstand beschloß, den Bundesparteitag in Hamburg zu veranstalten.“ (*Diskussion.*) „Zu veranstalten“, dann müssen wir dazwischen also erst mal die Probleme benennen, „auf diesem Parteitag sollen neben dem Bericht der Grundsatzkommission zu einzelnen Bereichen Entscheidungen herbeigeführt werden“. (*Diskussion.*) „Der politischen Aussagen“, nicht „des Programms“, sonst heißt es doch, daß wir am Programm rumfummeln.

Stoltenberg: Dann würde ich sagen, daß dazu rechtzeitig Entwürfe oder Vorlagen von Vorstand, von Kommissionen der Partei zur Diskussion zugesandt werden, daß die Leute wissen, daß ihnen eine Aufgabe zugeordnet ist. Also, für die psychologische Lage der Partei füge ich diesen Satz noch hinzu. Ich bitte um Entschuldigung.

Lampersbach: Ich habe nur eine Frage: Die acht Punkte sind damit gestrichen? (*Barzel*: Ja. – *Wex*: Gott sei Dank!)

Lenke: Nur zu meinem Wohl, das Wort „Programm“ erscheint nicht?

Barzel: Wir erwecken nicht den Eindruck, sonst ist das ja die Schlagzeile, die CDU macht neues Programm, die CDU macht Mitbestimmung usw. Obwohl uns das kaum gelingen wird. Die Öffentlichkeit ist an dem anderen Teil, vor allem die Journalisten, immer mehr interessiert. (*Unruhe und Diskussion.*) – Herr Schwarz-Schilling!

Schwarz-Schilling: Sollten wir nicht anmerken, daß wir eine eingehende Wahlanalyse diskutiert haben? (*Zwischenruf*: Das versteht sich doch von selbst.)

Barzel: Hat Herr Weiskirch, glaube ich, auch gestern den ganzen Tag den Journalisten schon gesagt.

Langguth: Dann ist natürlich noch die Frage zu klären, was geschieht mit dem Papier Schwarz-Schilling/Langguth und vor allem auch der Frage der Jungwählerangelegenheit? Ich muß sagen, daß wir beide etwas enttäuscht sind, daß man sich unserem Papier nicht mit der genügenden Zeit widmen konnte. (*Unruhe.*)

Barzel: Aber, lieber Herr Langguth, stellen Sie sich doch mal vor, wie meine Gefühle sind, wenn mein verehrter Kollege Echternach am Schluß einer so vielstündigen Debatte sagt, er könne den Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen, weil er ihn gar nicht diskutiert habe. Wissen Sie, was das für einen Vorsitzenden heißt? (*Langguth*: Die Frage ist jetzt nur zu stellen, was geschieht mit diesen beiden Sachen, mit diesen beiden Papieren?) Also, das eine Papier kriegen die Mitglieder des Bundesparteiausschusses mit einem Anschreiben des Generalsekretärs zur Vorbereitung der Diskussion. Da werden auch andere Materialien übersandt. Der Vorschlag Langguth zur Ju-

gendpolitik geht ein in die vielen Vorschläge, die das Präsidium nun sortieren muß, um sein Arbeitsprogramm Ihnen vorzulegen zum 19. (*Diskussion. – Zwischenruf:* Ja, weil der Vorsitzende gesagt hat, wir stimmen zu. Das war mein Punkt, ich bin mit der Formulierung des „C“ noch nicht ganz glücklich.) Verzeihen Sie, wenn ich sage, ich stimme zu, heißt das nicht, daß ich hier jedem Wort da zustimme. Das ist ein Aufriß. Das ist ein Gedanke, dem man zustimmt, ein Appell, eine Leitlinie, wenn Sie so wollen.

Meine Damen und Herren, ich möchte dann pflichtgemäß den Punkt „Verschiedenes“ aufrufen. Bevor ich einen Schlußappell an Sie richte, möchte ich das doch gleich loswerden. Ich glaube, wir tun uns einen großen Gefallen, wenn wir wie gestern und heute auch draußen tätig sind. Wir werden nun alle gefragt, jetzt muß Du mal abzählen, nach den Personen, wer hat sich denn da wie bewegt? Das ist alles Quatsch! Wenn wir wirklich alle sagen, wir wollen nun den sachlichen Dingen Vorrang geben. (*Beifall.*) Wenn das wirklich alle sagen und das auch auf Anzapfen besonders vertrauter Journalisten durchhalten, dann wird das eine Wirkung haben. Dann entspricht es allein dieser Tagung. Ich möchte dann allen, die sie vorbereiten halfen, doch meinen herzlichen Dank sagen, denn ohne so viel Material wäre hier die Stimmung nicht aufgekommen. Da hätte es sich nämlich leichter reden lassen, wenn man weniger gewußt hätte. (*Heiterkeit.*)

Lorenz: Ich möchte sagen, ich finde es sehr gut, daß wir grundsätzlich beschlossen haben, im Vorstand gelegentlich auch länger zu tagen. Das heißt also, nicht nur drei Stunden zusammenzukommen, um ein paar anstehende Sachprobleme zu besprechen, sondern also vielleicht mal einen ganzen Tag, um uns wirklich auszusprechen. Eine solche Aussprache hat ja ihren Wert, wie wir jetzt alle gesehen haben. Man ist dann auch nicht so gehetzt. Ich wäre dankbar, wenn die Frage geprüft würde, ob man nicht in einer dieser längeren Aussprachen im Laufe der nächsten Monate eine Aussprache über das bisherige Ergebnis der Grundsatzkommission, wie das in Wiesbaden vorgetragen worden ist, einbeziehen könnte. Bei mir im Landesverband wird das diskutiert. In den Kreis- und Ortsverbänden, in den Arbeitskreisen. Ich nehme an, das wird woanders auch noch so sein, es wäre gut, wenn dann auch der Bundesvorstand es mal diskutieren würde. Ich bin mir darüber klar, daß man da keine Ergebnisse, die man also formulieren könnte, hervorbringt. Aber wir werden dann schon merken, wo wir übereinstimmen, wo wir Anmerkungen haben, wo wir abweichen. Ich finde, das wäre eine ganz gute Sache, ich bitte das in die Überlegungen einzubeziehen.

Schwarz-Schilling: Gibt es einen genauen Zeitplan für diese Vorstandssitzungen? Denn ich wußte z. B. bis heute nichts davon, wann die nächste ist. Und es ist natürlich sehr schlecht, gerade wenn man einen ganzen Tag macht, wenn man das nicht rechtzeitig in seinem Terminkalender hat, dann sind wir hier ja wieder nicht mehr präsent.

Barzel: Wir haben diese Sitzung eben jetzt erfunden wegen des Standes der Diskussion und mit dem Blick darauf, daß wir nicht bis zum März, wo wir die nächste Bundesvorstandssitzung haben, warten wollen. Herr Hennig, ist ein Terminkalender verschickt? (*Hennig:* Ja, bis Ostern. – *Diskussion.*) Bis Ostern. Weiter konnte man nicht planen, weil das Parlament noch – das muß ja abgestimmt werden – keine Planung hatte. Wir haben aber jetzt eine Parlamentsplanung, so daß wir einen Jahresplan näch-

ste Sitzung beschließen können. (*Zwischenruf:* Und die nächste Sitzung ist wann?) Jetzt am 19. Februar. Wieviel Uhr wollen wir machen? Das ist ein Montag? (*Dregger:* Darf ich mal etwas zum Montag sagen? Sie haben mal verkündet, Herr Vorsitzender, daß der Montag für die Basis da sei. Alle Montage werden jetzt laufend von Parteisitzungen belegt. Kann man das nicht am Freitagnachmittag machen?) Herr Dregger, dies macht eine Gefahr deutlich, die wir sehen müssen. Wir haben jetzt hervorragende Vorsätze für uns selber. Aber wir dürfen uns natürlich nicht nur mit uns selbst beschäftigen, sondern wir müssen Zeit für draußen haben. Das ist ein ganz wichtiger Punkt! Ich würde doch sagen, was ist denen, die von fern anreisen lieber, vormittags anzufangen oder nachmittags? (*Dregger:* Kann man das nicht am Freitagnachmittag z. B. machen? – *Diskussion.*) Also, für diese Sitzung sollten wir uns einen ganzen Tag nehmen, damit wir dann wirklich mal was haben. (*Diskussion.*) 10.00 Uhr? Da hat man gerade berichtet, da kommen drei aktuelle Sachen noch dazwischen und dann ist es Mittag und dann fängt nachmittags die eigentliche Diskussion an. (*Unruhe und Diskussion.*) 10.00 Uhr ja, 19. Februar. Dann danke ich sehr herzlich und schließe diese Sitzung.